

Beilage zu GR Nr. 2023/579

Bericht über das Rechercheprojekt „Zürich und die Spanienfreiwilligen“

(April bis Juli 2023)

**Im Auftrag des Präsidialdepartements der Stadt
Zürich**

Moisés Prieto



© Moisés Prieto, Oktober 2023.

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	3
Vorwort.....	4
1. Ausgangslage	6
2. Fragestellung	6
3. Die Zürcher Spanienfreiwilligen.....	7
<i>Geschlecht, Alter und Lebenserwartung.....</i>	<i>7</i>
<i>Politische Einordnung</i>	<i>8</i>
<i>Weitere Besonderheiten der Zürcher Freiwilligen</i>	<i>8</i>
4. Von der Faust zum Gruss zur Faust im Sack: die Rückkehrer*innen	9
5. Die Akten im Stadtarchiv Zürich.....	12
<i>Die Akten des Fürsorgeamtes der Stadt Zürich.....</i>	<i>12</i>
<i>Die Staatsschutzakten über die ehemaligen Spanienfreiwilligen</i>	<i>22</i>
6. Fazit und Ausblick	30
7. Bibliografie	32
Abkürzungsverzeichnis	38
Dank	39
Autor.....	39

Management Summary

Der vorliegende Bericht ist das Resultat einer viermonatigen Studie über die Quellenlage zum Schicksal der zurückgekehrten Zürcher Freiwilligen, die während des Spanischen Bürgerkrieges (1936–1939) nach Spanien fuhren, um der Republik zu helfen und die Werte der Freiheit und Demokratie gegen die Rebellion faschistischer und monarchistischer Generäle zu verteidigen. Ziel dieser Recherche war es zu erfahren, ob und inwieweit die Behörden der Stadt Zürich verantwortlich für Diskriminierung oder Stigmatisierung waren, die diese Spanienfreiwilligen nach ihrer Rückkehr in die Schweiz erfuhren. Es galt also zu ermitteln, ob die Stadt Zürich ihnen etwa den Zugang zu öffentlichen Stellen oder sozialer Wirtschaftshilfe verwehrt. Zu dieser Fragestellung gesellte sich auch jene nach der Bedeutung der Stadtzürcher politischen Polizei (Staatsschutz) in der Zeit der (zweiten) geistigen Landesverteidigung, d.h. inwiefern etwa das kommunistische Credo vieler Spanienfreiwilligen eine Rolle für eine allfällige Diskriminierung spielte.

Für die Beantwortung dieser Fragen wurden hauptsächlich die Bestände des Stadtarchivs Zürich gesichtet. Von besonderer Bedeutung waren die Akten der Sozialen Dienste der Stadt sowie des Staatsschutzes (Kriminalkommissariat III, KK III). In der Absicht, weitere Belege für eine allfällige Diskriminierung zu finden, wurden auch Nachlässe, Fonds privater Organisationen und Parteiarchive herangezogen, welche Ego-Dokumente wie Briefe, Unterstützungsbegehren, Dankeschreiben o.ä. beinhalteten. Auch Archive von Berufsverbänden wurden zwecks Ermittlung allfälliger Berufsverbote mitberücksichtigt. Zu diesem Zweck wurden auch Akten im Schweizerischen Bundesarchiv gesichtet. Durch mündliche Interviews mit Kindern, Enkelkindern und Bekannten von Spanienfreiwilligen wurden weitere Recherchemöglichkeiten sondiert.

Die Recherche ergab als besonders wichtigen Befund die Feststellung, dass jene ehemaligen Spanienfreiwilligen, die sich in der Not um soziale Hilfe der Stadt bewarben, tatsächlich unterstützt wurden. Zwar lässt sich in den Akten der Behörden ein missgünstiger, feindlicher Blick auf diese Menschen erkennen, doch bleibt die Tatsache, dass die Stadt Zürich den Rückkehrer*innen und ihren Familien wenn nötig unter die Arme griff.

Im Falle der Akten des Zürcher Staatsschutzes lässt sich hingegen kein definitiver Schluss ziehen. Dies hängt damit zusammen, dass nur sehr wenige Fichen und Dossiers über die in Zürich wohnhaften ehemaligen Spanienfreiwilligen überliefert sind bzw. dass im Laufe der Zeit mit grosser Wahrscheinlichkeit Akten vernichtet wurden. Verweise auf eine Hervorhebung des Spanieneinsatzes finden sich nur vereinzelt und es ist unklar, was genau mit diesem Sonderstatus beabsichtigt wurde. Diese Quellenlage würde daraufhin hindeuten, dass die Überwachung der ehemaligen Spanienfreiwilligen einen präventiven Charakter hatte. Es wurde auch keine sogenannte 'Schwarze Liste' gefunden, die zur Verhängung von Berufsverboten hätte eingesetzt werden können. Doch gerade aufgrund der kargen Quellenlage im Stadtarchiv würde es sich lohnen, nach Beständen in anderen Institutionen zu suchen und die Befragung von Zeitzeug*innen auszuweiten.

Vorwort

Am 17. Juli 1936 und an den darauffolgenden Tagen putschten Teile der spanischen Armee gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung der Spanischen Republik. Aus dem misslungenen Putsch entstand ein blutiger Bürgerkrieg zwischen dem rebellischen Nationalen Lager, bestehend aus faschistischen, monarchistischen und klerikalischen Kräften, und den zur Republik stehenden Sozialist*innen, liberalen Republikaner*innen, Anarchist*innen, Kommunist*innen und baskischen und katalanischen Regionalist*innen. Während sich die westlichen Demokratien für eine Nichteinmischung in Spanien entschieden, wurde das Nationale Lager durch das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien mit der Entsendung von Truppen und Kriegsmaterial unterstützt. Die Republik erhielt Rüstungslieferungen durch die Sowjetunion. Eine grosse Bedeutung kam den Internationalen Brigaden zu, die von der Kommunistischen Internationale (Komintern) organisiert wurden und freiwillige Kämpfer*innen aus der ganzen Welt für die Sache der Republik rekrutierten. Der Bürgerkrieg endete offiziell am 1. April 1939 mit dem Sieg der nationalen Truppen. Die darauffolgende Personaldiktatur von General Francisco Franco nach faschistischem Vorbild, welche die Schweiz bereits Mitte Februar 1939 anerkannt hatte,¹ dauerte bis zum Tode des Generalissimus im November 1975.

Rund 800 Schweizer Freiwillige eilten nach Spanien zur Verteidigung der spanischen Demokratie und im Kampf gegen den Faschismus. Gemessen an der Zahl der Schweizer Bevölkerung war ihre 'Beteiligung' eine der grössten überhaupt.² Eine kleinere Zahl von ungefähr dreissig Schweizern schlug sich dagegen auf die Seite der nationalistischen Rebellen.³ Die offizielle Schweiz untersagte durch mehrere Bundesratsbeschlüsse (u.a. Bundesratsbeschluss zur Durchführung des Verbotes der Teilnahme an den Feindseligkeiten in Spanien vom 25. August 1936) und durch die Anwendung von Artikel 94 des Militärstrafgesetzbuches (Verbot fremder Kriegsdienste) den Kampfeinsatz von Schweizer Freiwilligen in Spanien. Rund ein Viertel aller Schweizer Freiwilligen fiel auf dem Schlachtfeld oder verstarb an den unmittelbaren Folgen einer Verletzung oder Erkrankung. Diejenigen, die in die Schweiz zurückkehrten, wurden von der Militärjustiz zu unterschiedlich langen Haftstrafen verurteilt, die von wenigen Monaten bis zu zwei Jahren reichten. Hinzu kam die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenhaftigkeit für eine ebenfalls variable Dauer von einem Jahr bis zu fünf Jahren. Als einzige Demokratie verfolgte die Schweiz systematisch ihre Spanienfreiwilligen mit dem Militärstrafrecht. Ihr Einsatz für die Demokratie und gegen den Faschismus wurde nicht nur nicht anerkannt, sondern sogar bestraft. Das Zürcher Divisionsgericht unter der Leitung von Grossrichter Hans Felix Pfenninger war dabei für besonders harte Strafen bekannt.⁴ Die Ächtung der Rückkehrer*innen, ihre kriegsbedingten (körperlichen und psychischen) Traumata aus ihrem Spanieneinsatz und ihre politische Gesinnung dürften einer Integration in die Gesellschaft und Arbeitswelt der geistigen Landesverteidigung im Wege gestanden haben. Hinzu kommt, dass rund die Hälfte aller Spanienfreiwilligen bereits vor der Reise nach Spanien vorbestraft gewesen war.⁵

¹ Vgl. Haener, Die Anerkennung der Franco-Regierung durch die Schweiz; Farré, La Suisse et l'Espagne de Franco, S. 163; Cerutti, S. 52.

² Vgl. Tanner, Antifaschismus, S. 7f; Hutter, Spanien im Herzen, S. 311.

³ Vgl. Huber/Zaugg, Schweizer Kriegsfreiwillige, S. 7; Hug, Schweizer in Francos Diensten, S. 196f.

⁴ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 90f.

⁵ 49% wegen Vergehen wirtschaftlicher Natur, 41% wegen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, 19% wegen Vergehen im Rahmen politischer Aktivität, 17% wegen Körperverletzung, 13% wegen

Betrachtet man die Stadt Zürich als Akteurin, so ist die politische Konstellation während und nach dem Spanischen Bürgerkrieg zu beachten. Der Spanien-Einsatz und die Rückkehr der Freiwilligen fielen in die Zeit des sogenannten «Roten Zürich», als die Sozialdemokratische Partei die Gemeinderatsmehrheit (ab 1925 zusammen mit der KP bzw. ab 1931 bis 1938 alleine) und die Stadtratsmehrheit (1928 bis 1949) besass.⁶ Eine generelle Feindseligkeit gegenüber den mehrheitlich linken Spanienfreiwilligen ist daher in dieser Zeit nicht zu erwarten. Allerdings waren viele Spanienfreiwillige Mitglieder oder Sympathisant*innen der Kommunistischen Partei (s. Kap. 3), die bis Mitte der 1930er-Jahre im Zeichen der «Sozialfaschismus»-These der Komintern (gemäss der die Sozialdemokratie als «Zwillingsbruder» des Faschismus und «Hauptstütze» der «Bourgeoisie» vorrangig zu bekämpfen sei) das «Rote Zürich» in Wort und Tat immer wieder heftig angegriffen hatte.⁷ So spielte der kommunistische Gemeinderat und spätere Spanienkämpfer Otto Brunner (s. Kap. 3, 4, 5) im Sommer 1932 eine führende Rolle bei der Eskalation des «wilden» Streiks der Zürcher Heizungsmonteure, der in blutige Unruhen mündete, und wurde danach aus der Gewerkschaft SMUV ausgeschlossen.⁸ Als im September 1933 im Hinblick auf die zweite Eingemeindung eine heftig umstrittene Richtungswahl zwischen Sozialdemokratie und dem «Vaterländischen Block» (einem Wahlbündnis zwischen den bürgerlichen Parteien und den faschistischen «Fronten») auf der Agenda stand, trat die KP ohne Chancen mit einer eigenen neunköpfigen Stadtratsliste an. Mit dem Übergang der Komintern zur «Volksfront»-Strategie 1934/35, die ein Zusammenwirken der Kommunist*innen mit Sozialdemokratie und demokratischen Bürgerlichen gegen den Faschismus postulierte, schwächten sich diese Gegensätze etwas ab. Kurz nach dem Ende des Spanischen Bürgerkriegs entfremdete sich die KP aber erneut massiv von der Sozialdemokratie durch ihren propagandistischen Nachvollzug aller Wendungen der sowjetischen Aussenpolitik. So befürwortete die KP-Presse den Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, gab ab September 1939 nach dem deutschen Überfall auf Polen und der deutsch-sowjetischen Aufteilung dieses Landes den Antifaschismus temporär auf und erklärte den ausgebrochenen Weltkonflikt zum «imperialistischen Krieg», in dem sich das «Proletariat» neutral verhalten sollte, und unterstützte ab November 1939 den sowjetischen Angriffskrieg gegen Finnland.⁹ Im November 1940 wurde die KP, die seit ihrer Abspaltung von der SP im Jahre 1921 bei den Zürcher Gemeindewahlen stetig verloren hatte (Rückgang von 13 Sitzen 1922 auf nur noch 2 Sitze 1933 und 1938), vom Bundesrat verboten.

Der Verlust der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit 1938 ging einher mit dem Aufstieg des sich zwischen Sozialdemokratie und Bürgerblock verortenden, Migros-nahen Landesrings der Unabhängigen, der 1942 noch weiter zulegte und mit einem Wähleranteil von 28,6% hinter der SP (36,5%) als zweitstärkste Kraft doppelt so stark wurde wie der Freisinn. 1946 erreichte dann die neugegründete PdA aus dem Stand einen Wähleranteil von 15,3% und lag damit als drittstärkste Kraft vor dem Freisinn. Dieser Erfolg war aber nicht nachhaltig. Bereits bei den nächsten Wahlen 1950 im einsetzenden Kalten Krieg verlor die PdA 15 ihrer 19 Gemeinderatsmandate. Im Stadtrat blieb die linke Mehrheit in den Wahlen von 1938 und 1942 erhalten und wurde 1946 durch die Wahl des PdA-Kandidaten Edgar Woog, der während des Spanischen Bürgerkriegs für die Komintern Freiwilligeneinsätze in Spanien koordiniert

Verstössen gegen das Militärstrafgesetz, 6% wegen Eigentumsbeschädigung, 3% wegen Sittlichkeitsdelikten, 2% wegen Ehrdelikten, 5% aus anderen Gründen. Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S.60f.

⁶ Eine Gesamtdarstellung zum «Roten Zürich» ist ein Desiderat. Vgl. einstweilen König/Kurz/Suter, Klassenkämpfe, Krisen und ein neuer Konsens; Lindig, «Der Entscheid fällt an den Urnen»; Koller, Vor 85 Jahren: Die «Wahlschlacht» um «Gross-Zürich».

⁷ Vgl. Huber, Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz, S. 197-430.

⁸ Vgl. Lindig, «Der Entscheid fällt an den Urnen», S. 139-203; Wyler, «Ein Chefmonteur streikt doch nicht wie ein gewöhnlicher Prolet»; Koller, Streikkultur, S. 334-376.

⁹ Vgl. Studer, Un Parti sous Influence, S. 138-149.

hatte, nebst weiterhin fünf Sozialdemokraten noch gestärkt (s. Kap. 5).¹⁰ Durch eine Nachwahl 1949 sowie definitiv in den Gesamterneuerungswahlen 1950 endete aber die sozialdemokratische Stadtratsmehrheit und damit das «Rote Zürich». Von da an verfügte im Kalten Krieg in Stadt- und Gemeinderat bis 1982 weder das linke noch das bürgerliche Lager über eine Mehrheit.

Der vorliegende Bericht ist das Resultat einer viermonatigen Studie über die Quellenlage zum Schicksal der zurückgekehrten Zürcher Freiwilligen, die während des Bürgerkrieges nach Spanien fuhren, um der Republik Hilfe zu leisten. Die Namen dieser Spanienfreiwilligen wurden zur Wahrung des Datenschutzes weitestgehend anonymisiert. Bei bekannten Persönlichkeiten, die in der Szene der ehemaligen Spanienfreiwilligen aktiv waren, wurde auf eine Anonymisierung verzichtet.

1. Ausgangslage

Das Postulat 2020/166 von David Garcia Núñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) forderte einen Bericht zu den «sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohner*innen der Stadt Zürich» mit einem Augenmerk auf die Situation der Spanienfreiwilligen und ihres sozialen Umfelds nach ihrer Rückkehr sowie auf die Thematik der geflüchteten Spanier*innen. In der Ratsdebatte ging es dann schwergewichtig um Vorwürfe gegenüber den Behörden der Schweiz und der Stadt Zürich im Umgang mit den Rückkehrer*innen. Aus einer Besprechung mit Christian Koller, Leiter des Schweizerischen Sozialarchivs, und Anja Huber, Stadtarchiv Zürich, ging hervor, dass zur Frage, wie in der Stadt Zürich in den Jahren nach 1939 mit den Rückkehrer*innen umgegangen wurde, noch nicht systematisch geforscht wurde und dass diesbezüglich (wie für die Schweiz insgesamt) ein Forschungsdesiderat besteht. Zu diesem Zweck hat das Präsidialdepartement der Stadt Zürich den Autor mit einer viermonatigen «Vor-Recherche» beauftragt. Deren Ziel war es, die Machbarkeit für eine ausführlicheres Forschungsprojekt aufgrund der Verfügbarkeit von Quellen zu ermitteln.

2. Fragestellung

Im Zentrum der Untersuchung stand das Handeln der Behörden: Wie ist die Stadt Zürich nach 1939 mit den zurückgekehrten Spanienfreiwilligen umgegangen? Inwiefern wurden sie allenfalls diskriminiert oder stigmatisiert. Wurden ihnen etwa Stellen in der Verwaltung verweigert? Wer wurde überwacht? Wer war auf staatliche Fürsorge angewiesen?

Im Raume stand die Vermutung einer besonders starken Diskriminierung von Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Immerhin bekannten sich *in Spanien* mehr als die Hälfte der Schweizer Freiwilligen als Kommunist*innen.¹¹ Dies wirft wiederum die Frage auf, welcher Grund für eine allfällige Diskriminierung dominierend war: das Engagement im Spanischen Bürgerkrieg oder die Parteizugehörigkeit oder generell der Umstand, dass sie vorbestraft waren?

¹⁰ Vgl. Koller, Vor 70 Jahren: Der Fall Woog.

¹¹ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 56f.

Aus Sicht der Stadt ist die Frage, wie die städtischen Behörden mit den Spanienfreiwilligen umgegangen sind, von hoher Relevanz. Erkenntnisse über ein allfälliges diskriminierendes Verhalten der Verwaltung gegenüber ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern sind wichtig und können unter anderem dazu dienen, in der Vergangenheit begangenes Unrecht aufzuarbeiten und das Selbstverständnis einer Stadt zu ergänzen.

3. Die Zürcher Spanienfreiwilligen

Der erste Schritt in der Recherche stand im Zeichen der Erstellung eines Personenkorpus. Als Grundlage diente das *Biografische Handbuch* zu den Schweizer Spanienfreiwilligen von Peter Huber und Ralph Hug. Dieses Werk beruht stark auf den Militärjustizakten im Schweizerischen Bundesarchiv. Da diese generell den Lebensweg und den Ruf der Angeklagten bis zur Rückkehr aus Spanien beleuchten, taugen sie wenig für eine Untersuchung über die Zeit danach.

In der Absicht, einen möglichst breiten Datensatz zu erzielen, wurde das Merkmal ‚Zürcher*in‘ grosszügig appliziert. Inwiefern andere Rückkehrer*innen zu einem späteren Zeitpunkt nach Zürich zogen,¹² konnte nicht systematisch ermittelt werden. So entstand eine Liste aus in Zürich Geborenen, ebenda Wohnhaften und Ausländer*innen, die sich zum Teil auch nur kurz da aufgehalten hatten. Die erste Fassung der Liste betrug 219 Einträge. Diese wurde dann dank der Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Zürich bereinigt, indem jene Nichtschweizer*innen, über die es keine fremdenpolizeilichen Akten gibt, aus der Liste entfernt wurden, was die Anzahl Einträge auf 197 schrumpfen liess. In einer zweiten Phase wurden dann auch die gefallenen Zürcher*innen aus der Liste entfernt, so dass diese nur noch 159 Personen aufwies. Diese immer noch relativ hohe Anzahl untermauert die Dominanz der aus dem Kanton Zürich stammenden Spanien-Freiwilligen, die nicht weniger 30.6% der Schweizer Kohorte ausmachten.¹³

Zwecks Erforschung der ‚anderen‘ Spanienfreiwilligen, also jener, die auf der Seite von General Franco *gegen* die Spanische Republik kämpften, wurde eine zweite ‚Liste‘ angelegt. Diese weist bloss zwei Einträge auf.¹⁴ Über diese Personen liegen im Stadtarchiv keine relevanten Dokumente vor.¹⁵

Geschlecht, Alter und Lebenserwartung

Das Geschlechterverhältnis beträgt 10 Frauen zu 187 Männer, also rund 5% Frauen und 95% Männer. Bei der bereinigten Liste sind es 10 Frauen und 149 Männer, also 6.3% Frauen zu

¹² Vgl. z. B. Kuhn, Bündner Spanienfreiwillige, S. 14.

¹³ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 64.

¹⁴ Hug, Schweizer in Francos Diensten, S. 189-207.

¹⁵ Vgl. Huber/Zaugg, Schweizer Kriegsfreiwillige, S. 13; Hug, Schweizer in Francos Diensten, S. 197. Dies hängt damit zusammen, dass der eine zwar heimatberechtigt in Zürich, aber in Dietikon wohnhaft war. Der andere wohnte zwar vor seinem Weggang nach Spanien bei den Eltern in Zürich, kehrte aber danach nicht mehr dorthin zurück.

93.7% Männer. Dies deckt sich im Grossen und Ganzen mit dem schweizweiten Schnitt von 4% Frauenanteil im Spanischen Bürgerkrieg.¹⁶

32 Einträge (ausschliesslich Männer) fielen zwischen 1936 und 1938 in Spanien. Bei weiteren 32 Einträgen besteht keine Gewissheit über deren Tod oder sie gelten als verschollen.

Das Durchschnittsalter der Freiwilligen im Jahre 1936 beträgt knapp 29 Jahren sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern. Bei den zurückgekehrten Freiwilligen, deren Lebensdaten bekannt sind, lässt sich folgendes über die Lebenserwartung feststellen: Bei den Frauen beträgt die mittlere Lebenserwartung 69 Jahre. Die jüngste Rückkehrerin verstarb mit 26 Jahren,¹⁷ die älteste im Jahre 2007 neunzigjährig. Dieselbe mittlere Lebenserwartung erreichten die männlichen Rückkehrer. Hier kam der Jüngste bloss auf das dreissigste Lebensjahr, während der Älteste 2001 mit 93 Jahren verstarb.

Politische Einordnung

83 eingetragene Personen werden mit der Kommunistischen Partei in Verbindung gebracht; zwölf davon waren Mitglieder der KP-Jugend, vier weitere bloss Sympathisant*innen der KP. Unter den Zürcher Spanienfreiwilligen befand sich Otto Brunner, welcher Parteisekretär der KP war sowie deren Politbüro angehörte und im Bürgerkrieg als Kommandant das Bataillon Tschapajew anführte. Zwanzig der aufgelisteten Spanienfreiwilligen waren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei oder der SP-Jugend (darunter auch zwei bei den Roten Falken). Zwei davon gingen später zur KP über. Elf der Zürcher Spanienfreiwilligen waren in keiner Partei, aber dafür in einer Gewerkschaft (SBHV oder SMUV) aktiv. Bei 81 ist keine Anbindung zu einer politischen Partei bekannt. Diese könnte man unter der Kategorie 'parteilose Antifaschist*innen' subsumieren. Dies stellt eine deutliche Abweichung vom schweizweiten Durchschnitt dar, da es im 'Zürcher Kontingent' mehr als doppelt so viele Parteilose gab als schweizweit.

Ernst Rämi (oder Rähmi) stellt als Anhänger der 'Oxford-Gruppe' ('Moralische und Geistige Aufrüstung')¹⁸ und deshalb als deutlicher Nicht-Linker eine Ausnahme dar. Im Zweiten Weltkrieg schloss er sich dann der Waffen-SS an.¹⁹

Weitere Besonderheiten der Zürcher Freiwilligen

Mit ihren sechs Mitgliedern stellt die Familie B. insofern eine Besonderheit dar, als sich zwei Generationen nach Spanien begaben. Ähnlich verhält es sich mit der Familie M., wo vier Brüder nach Spanien reisten und mit den drei Brüdern W.P., Ar.P. und Al.P.

¹⁶ Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 68. Vgl. zu den weiblichen Spanienfreiwilligen auch Lugschitz, Spanienkämpferinnen; Beutler/Heller, «Wir kämpfen mit!»; Schmidlin, Eine andere Schweiz, S. 102.

¹⁷ B.B.-S. wurde als Rotkreuzfahrerin am 16. Juli 1941 von einem stürzenden Baum erschlagen. Vgl. NZZ, 18. Juli 1941 (Abendausgabe). Vgl. Gasser, Schweizer Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, S. 89. Ihr Mann, E.B., soll wohl 1938 in Spanien verschollen oder gefallen sein. Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S.117f.

¹⁸ Die Oxford-Gruppe war eine christliche Organisation, die in der Zwischenkriegszeit vom amerikanischen lutherischen Pfarrer Frank Buchman ins Leben gerufen wurde. Vgl. Bebbington, The Oxford Group Movement.

¹⁹ Vgl. Oertle, Schweizer Freiwillige auf deutscher Seite, S. 367-373.

Besonders erwähnenswert ist ferner Karl (Carlos) Brunner, der in Spanien in die Gefangenschaft der nationalen Truppen geriet, zum Tode verurteilt wurde, dann bis 1941 in einem Konzentrationslager interniert war, später aber entlassen wurde.²⁰ Ein ähnliches Schicksal erlebte R.S., der bis 1942 ebenfalls in franquistische Gefangenschaft geriet. Auch G.S. erfuhr die Gefangenschaft in einem spanischen KZ. Als er 1941 in die Schweiz zurückkehrte, erfuhr er von seiner Kontumazverurteilung (acht Monate Gefängnis und drei Jahre Aberkennung der politischen Rechte), die aber mittlerweile verjährt war.

Neben Otto Brunner enthält die Liste auch F.R. und den in Zürich wohnhaften Deutschen K.R. Bei Brunners Versuch, F.R. im April 1938 in Barcelona wegen seiner angeblichen Nähe zur POUM zu verhaften, wurde K.R. versehentlich im Handgemenge von Brunner erschossen.²¹ Dieser Vorfall stand im Zusammenhang mit den internen Kämpfen im republikanischen Lager zwischen den sowjettreuen Kommunist*innen auf der einen Seite und den sozialrevolutionären Kräften der trotzkistischen POUM und der Anarchist*innen auf der anderen.²² Die Presse der Schweizer KP lastete K.R.'s Tod sofort den «Trotzkisten» an. Im Januar 1939, unmittelbar nach der Rückkehr der Schweizer Spanienfreiwilligen, bezichtigte aber die *Neue Zürcher Zeitung* Brunner der Urheberchaft an dem Todesschuss, worauf die Bezirksanwaltschaft Zürich ein Verfahren einleitete. Die KP-Presse diffamierte derweil F.R. als «Helfer Francos». 1942 sprach das Winterthurer Schwurgericht Brunner von der Anklage wegen Totschlags frei.²³

4. Von der Faust zum Gruss zur Faust im Sack: die Rückkehrer*innen

Im Interview aus dem Dokumentarfilm von 2006 *Hans Hutter – ein Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg* erzählt der Hispanist André Herrmann:

«Seine [Hans Hutters] Interessen waren Spanien an und für sich. Und der Bürgerkrieg, in der ersten Phase – nehmen wir mal die ersten zwanzig Jahren – hat... durfte er gar nicht an die Öffentlichkeit treten. Er war stigmatisiert. Er schwieg. Er machte das alleine für sich hier in seinem Bekanntenkreis, in der Familie.»²⁴

Was Herrmann über den Winterthurer Hutter erzählt, dürfte stillschweigend auf sämtliche zurückgekehrten Spanienfreiwilligen zutreffen. In der bürgerlichen Presse wurden sie diffamiert, etwa als «Extremisten» verunglimpft.²⁵ Gedemütigt wurden sie aufgrund ihres vergeblichen Einsatzes zur Verteidigung der Republik gegen den Faschismus. Gekränkt waren sie, weil der Schweizer Staat ihren Einsatz für Freiheit verschmähte und sie durch die Haftstrafen und die temporäre Aberkennung der bürgerlichen Rechte als Bürger zweiter Klasse degradierte, während zeitgleich ebendieser Staat seine demokratischen Prinzipien auf dem Altar der Staatsräson zu Gunsten einer Annäherung an die jüngste Diktatur der iberischen Halbinsel opferte.²⁶

²⁰ Hug, Schweizer unter Franco, S. 115-162.

²¹ Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 142, 332 u. 336; Studer, Un Parti sous Influence, S. 521f.

²² Vgl. Collado Seidel, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 129-131.

²³ Vgl. Huber, Schweizer Spanienkämpfer in den Fängen des NKWD, S. 344-352.

²⁴ André Herrmann in *Hans Hutter – ein Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg*.

²⁵ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 1696, 14. August 1948.

²⁶ Vgl. Prieto, Unerhörte Appelle, S. 53-56.

Die politische Kontrolle im Zeichen des Kalten Krieges und der 'zweiten' geistigen Landesverteidigung, wodurch Antikommunismus zu einer staatstragenden Doktrin wurde,²⁷ die sich vom Konservatismus über den Liberalismus bis hin zu weiten Teilen der Sozialdemokratie erstreckte, erfasste auch die ehemaligen Spanienfreiwilligen.²⁸ Zwischen der verweigerten Amnestie von 1939 und der Rehabilitierung 2009, die nur noch wenige erleben durften, mussten sie einen Modus Vivendi finden, um in der Schweiz wieder Fuss zu fassen und allen möglichen Widrigkeiten zu trotzen. Zwar heisst es im Jahresbericht des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerks für 1939, dass «der Großteil» der Rückkehrer nach der jeweiligen Haftstrafe Arbeit fand,²⁹ doch stellt sich die Frage, inwiefern dies bloss eine Momentaufnahme darstellte.

Nicht nur Spanienfreiwillige aus dem Arbeitermilieu waren nach der Rückkehr mit Schwierigkeiten und Feindseligkeiten konfrontiert. Alfredo Bäschlin, Künstler und Architekt, lebte seit 1917 in Spanien.³⁰ In der Spätphase des Bürgerkriegs kam er in die Dienste des republikanischen Unterrichtsministeriums. Nachdem er 1942 in die Schweiz zurückgekehrt war, antwortete er auf eine Anfrage des Schweizer Kunsthistorikers Sigfried Giedion in Sachen Beteiligung an einem Buchprojekt. Auffallend ist die folgende Passage, die von Bäschlins Leiden zeugt:

«Als Franco Barcelona 'einnahm', wurden wir alle eingesperrt und meine 'Untersuchungshaft' dauerte drei Jahre. Dann kam noch ein halbes Jahr Konzentrationslager und schliesslich die Ausweisung. Wie ich im Jahre 1942 in meiner Heimat empfangen wurde können Sie sich denken. Ich habe mich damals an Prof. Dunkel gewandt der eine Gesellschaft von Spanienfreunden präsidierte. Was für Freunde das waren und welches Spanien sie in ihr Herz geschlossen, wurde mir sofort klar.»³¹

Solche expliziten Bekundungen dürften eher die Ausnahme sein und artikulierten sich vornehmlich im privaten Rahmen, wohingegen öffentlich eine gewisse Resilienz im Zeichen von Männlichkeitsvorstellungen erwartet wurde. Erst Richard Dindos Dokumentarfilm von 1974, in dem auch Kurt Gasser mitwirkte, gab den Spanienfreiwilligen eine im öffentlichen Raum bisher kaum erhörte Stimme. Emil Hächler, Aargauer Spanienkämpfer im Bataillon Tschapajew, erzählt Dindo: «Wir waren die schwarzen Schafe. Sobald es herauskam, dass wir in Spanien gewesen waren, haben wir die Stelle verloren.»³² Wenig Jahre später, anlässlich Hächlers Beisetzung im Jahre 1977, hielt Helmut Zschokke in seiner Grabrede fest:

«Nach Kriegsende fand er [E. Hächler] eine feste Anstellung in der Firma Sprecher und Schuh. Da wagte er es auch zu heiraten. [...] Im folgenden Jahr [1948] kam ihr Sohn [von Hächler und Frau] Ernst zur Welt. Aber bei Sprecher und Schuh war seine Vergangenheit als Spanienkämpfer ruchbar geworden, man entliess ihn unter fadenscheinigem Vorwand. Er fand Arbeit auf dem Bau, aber bald wurde ihm wieder gekündigt, und das wiederholte sich, sodass er merkte, dass er auf der schwarzen Liste stand. Da gab es für ihn nur eines: er musste selbständig etwas unternehmen, wo ihn niemand entlassen konnte.»³³

²⁷ Vgl. Tanner, *Geschichte der Schweiz*, 309f.; Rauber, *L'anticommunisme en Suisse*, S. 183-193; Kreis, *Staatsschutz in der Schweiz*, S. 314-318.

²⁸ Ulmi/Huber, *Les combattants Suisses*, S. 255f.

²⁹ Jahresbericht des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerkes pro 1939, S. 5.

³⁰ Vgl. Huber/Hug, *Biografisches Handbuch*, S. 107f. Eine ausführlichere Biografie Bäschlins findet sich bei Hug, *Schweizer unter Franco*, S. 163-201.

³¹ Brief von Alfredo Bäschlin an Sigfried Giedion, Schaffhausen, 19. Juli 1947, gta-Archiv, 43-K-1947-07-19 (Hervorhebung im Original).

³² Emil Hächler in *Schweizer im spanischen Bürgerkrieg*.

³³ Grabrede für Emil Hächler von Helmut Zschokke, ZBZ, SGA, Ar 211.3, IG-Spanien Korrespondenz 1978-1980, Korrespondenz 1977-1978, 8 Seiten, hier S. 5f.

Zschokke selbst, der wegen «Vorschubleistens der Anwerbung in fremden Militärdiensten» zu einem Freiheitsentzug von 9 Monaten und zu einer zweijährigen Einstellung der bürgerlichen Rechte verurteilt worden war, wurde von der Universität Zürich für die Dauer des Ehrverlusts von seinem Studium suspendiert.³⁴ Schliesslich verliess er die Hochschule und liess sich wie sein Vater zum Optiker ausbilden.³⁵

Auf die Praxis, selbständig zu werden, rekurrten auch Hans Hutter, der 1947 zusammen mit seinen beiden Brüdern eine Autogarage in Oberwinterthur gründete, Ernst Linggi mit seinem Bücher-Antiquariat an der Zürcher Badenerstrasse und Otto Brunner mit seinem Zigarrenladen ebenfalls in Zürich.³⁶

Nicht nur Hans Hutter schwieg über seinen Spanien-Einsatz. Der Waadtländer Lucien Reymond beschloss nach seiner Rückkehr, das Blatt zu wenden und seine Spanien-Vergangenheit ruhen zu lassen, so dass seine Kinder erst Jahrzehnte später erfuhren, dass der Vater Interbrigadist gewesen war.³⁷ Es erstaunt auch kaum, dass Kurt Gasser, 1971 Autor der ersten wissenschaftlichen Abhandlung zu den Schweizer Kriegsfreiwilligen in Spanien, bei der Kontaktaufnahme mit diesen Zeitzeugen zunächst «eine Mauer des Misstrauens abbauen» musste.³⁸

Für viele wurde aber die 1939 in Zürich gegründete «Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer» eine zweite Heimat – wenn nicht sogar die einzige überhaupt –, wo der Kriegseinsatz als Erinnerungsort wiedererlebt werden konnte; ein Raum wo sich Waffenbrüder und Genoss*innen ungeniert austauschen konnten, also ein *emotional refuge*.³⁹ Für einige gewann der Verein umso mehr an Bedeutung,⁴⁰ wenn man bedenkt, dass Otto Brunner und Ernst Linggi, die führenden Köpfe des Vereins, zusammen mit Heinrich Grüebler im Frühjahr 1951 aus der PdA ausgeschlossen wurden.⁴¹ Die Spanienfreiwilligen waren ohnehin bereits nach ihrer Rückkehr «innerhalb der KP kühl empfangen»⁴² oder «scheel angeschaut»⁴³ worden. Ferner hatte das Mitglied der PdA-Geschäftsleitung E. Burlet die IG Spanienkämpfer an einer Delegiertenversammlung verbal angegriffen.⁴⁴ Die Skepsis der PdA gegenüber ihren Spanienfreiwilligen war mit der Tatsache verbunden, dass manche von ihnen im Bürgerkrieg Zeug*innen stalinistischer Säuberungen geworden waren und daher eine Loslösung vom strikten Moskauer Diktat forderten. Doch ungeachtet der rigiden Parteilogik setzten die Spanienfreiwilligen in der Interessengemeinschaft ihren Kampf fort, denn General Franco war immer noch an der Macht. Hier pflegten sie «die Solidarität und die Freundschaft für das republikanische Spanien», die Kameradschaft untereinander und den Kontakt zu Spanienfreiwilligen-Vereinen anderer Länder. Ein Dankeschreiben von der Witwe des 1959

³⁴ Universität (Rekurs), 13. Oktober 1938, StAZH MM 3.57 RRB 1938/2601.

³⁵ Vgl. Helmut Zschokke im Film *Schweizer im spanischen Bürgerkrieg*.

³⁶ Vgl. Weber, Die Rehabilitierung der Spanienfreiwilligen, S. 30.

³⁷ Vgl. Bavaud/Béguin, Les oubliés, S. 145-148.

³⁸ Gasser, Schweizer Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, S. 2. Kaum überraschend ist auch die Tatsache, dass von den 150 Fragebögen, die Gasser versandte, bloss 47 ausgefüllt zurückkamen. Ferner werden in seiner Abschlussarbeit sämtliche interviewten Freiwilligen – ausser Otto Brunner – anonymisiert angegeben (vgl. ebda., S. 102f.).

³⁹ Vgl. Prieto, Erasing the fear from the eyes, S. 271f.

⁴⁰ Vgl. Ulmi/Huber, Les combattants suisses, S. 256.

⁴¹ Vgl. PdA des Kantons Zürich an Otto Brunner, Hch. Grüebler und Ernst Linggi, Zürich, 9. Januar 1951, SozArch Ar 458.50.3. Brunner trat 1968 erneut der Partei bei.

⁴² Hanspeter Onori, Protokoll des Gesprächs mit Edi Pf., 12. September 1977, SozArch KS 335/71:13.

⁴³ Hanspeter Onori, Protokoll des Gesprächs mit Eduard P., 13. September 1977, SozArch KS 335/71:13.

⁴⁴ Brief der IG ehem. Schweiz. Spanienkämpfer an die PdA der Stadt Zürich, Zürich, 9. November 1950, SozArch Ar 458.50.3.

verstorbenen Spanienkämpfers H.W.⁴⁵ zeugt einerseits von der angesprochenen Solidarität unter den Veteran*innen, andererseits auch von der prekären Lage der Hinterbliebenen. Frau W. hatte von der Interessengemeinschaft eine Geldspende von 40 Franken erhalten: «Es ist mir ein grosser Trost, in meinem schweren Leid durch den Tod von H.[...] das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft seiner Freunde entgegen nehmen zu dürfen.»⁴⁶

Zentrales Ziel der IG war dabei der Kampf um die Rehabilitation der Spanienfreiwilligen.⁴⁷ Es war auch Ernst Linggi, der Anfang der 1960er-Jahre den Tessiner Arzt und Sozialdemokraten Sandro Pedrolì dazu anspornte, das «Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien» zu gründen.⁴⁸

5. Die Akten im Stadtarchiv Zürich

Als besonders relevant erwiesen sich die Aktenbestände der Sozialen Dienste und des Kriminalkommissariats III (Staatsschutz).

Die Akten des Fürsorgeamtes der Stadt Zürich

Aus der bereinigten Liste ergaben sich bloss 33 Dossiers der Sozialen Dienste über 30 ehemalige Spanienfreiwillige bzw. deren Angehörige. Es ist schwierig, den Anteil der auf Sozialhilfe angewiesenen Spanienfreiwilligen an allen Zürcher Heimgekehrten zu ermitteln, zumal für den Untersuchungszeitraum nicht alle dazugehörigen Meldekarten der Einwohnerkontrolle zu Verfügung standen. Hingegen gestatten die greifbaren Akten interessante qualitative Aufschlüsse.

In den Akten über H.B. fehlt 1938 der Hinweis auf seinen Spanieneinsatz und jenen seiner Söhne nicht:

«[H.B.] ging am 1. Februar 1937 nach Spanien und arbeitete in Albacete in einer Fabrik für Heereslieferungen. Im April gleichen Jahres kehrte er zurück und wurde vom Divisionsgericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, die er vom 10. September bis 26. Januar a.c., in Uster verbüsste. [...] Die 3 Söhne waren ebenfalls in Spanien. [K.] ist bei Madrid gefallen, [Hs.] sitze hier im Gefängnis und [H.B.jun.] soll in Paris in einem Spital liegen, wo er vermutlich das Endresultat der Bemühungen um eine Amnestie für alle Spanienfahrer abwarte.»⁴⁹

Das Fürsorgeamt der Stadt Zürich antwortete auf eine Anfrage der Fabrik von Maggis Nahrungsmitteln, die Frau B. in der Not um «eine[...] kleine[...] Naturalspende» ersucht hatte: «Der Mann [H.B.], über den unsere umfangreichen Akten kein sehr günstiges Bild geben, ist viel arbeitslos.»⁵⁰ Aus den Akten erfährt man die prekäre Situation der Eheleute. Infolge eines

⁴⁵ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 414.

⁴⁶ Frau W an die IG ehem. schweiz. Spanienkämpfer, Zürich, 15. März 1960, Korrespondenz Januar 1954 – September 1963, ZBZ (SGA) Ar.211.2.

⁴⁷ Zschokke, Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg, S. 112.

⁴⁸ Vgl. Prieto, Zwischen Apologie und Ablehnung, S. 132-134.

⁴⁹ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [H.B.], Zürich, 7. Dezember 1938, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.571.

⁵⁰ Fürsorgeamt der Stadt Zürich an die Fabrik von Maggis Nahrungsmitteln, Zürich, 5. August 1938, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.571.

Unfalls wurde die Frau arbeitsunfähig und war ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wegen «Verheimlichung des damaligen Frauenverdienstes». Nun auf freiem Fuss müsse H.B. sich innerhalb eines Monats um Arbeit bemühen, ansonsten würde ihn der Bezirksrat in die Männeranstalt für Trunksüchtige und Arbeitsscheue in Rossau internieren lassen.

Auch die Akten zur Familie von H.B.jun. zeigen eine ähnlich schwierige Situation. In einem Bericht von 1941 heisst es: «[H.B.jun.] hat sich als Rotfrontkämpfer in Spanien, im Gesicht schwere Granatsplitterverletzungen zugezogen, die ihm heute noch starke Beschwerden verursachen sollen.»⁵¹ Die Bezeichnung «Rotfrontkämpfer» kann hier nur als Dysphemismus verstanden werden, der noch verunglimpfender wirkt als der gängigere «Spanienfahrer». Etwas verständnisvoller erscheint ein späterer Bericht des Erkundigungsdienstes, der dem Drama der Spanienkämpfer gerechter wird:

«Die Eheleute [H. und Y.B.] haben bis dato immer in prekären Verhältnissen leben müssen, weil der Mann zeitweise wegen gesundheitlichen Beschwerden nicht arbeiten konnte und zudem als ehemaliger Spanienkämpfer (was ihm eine Freiheitsstrafe eintrug) schwer hat, sich eine Dauerstelle zu beschaffen. Mitunter muss der Mann schmal durch und die vielen Unannehmlichkeiten, die er seit seiner Heimkehr erfahren musste, haben ihn stark verbittert. Sein Gesundheitszustand scheint auch heute nicht gut zu sein. Für schwerere Arbeit wäre [H.B.jun.] nicht tauglich; er ist dienstuntauglich und auch nicht tauglich für das Arb.-Det. Letztes Jahr und 1943 musste die Familie bis Ende April vom Fürsorgeamt für Mietzins und Unterhalt unterstützt werden.»⁵²

Auffallend ist folgende handschriftliche Notiz von H.B.jun. aus den frühen 1960er-Jahren:

«Viel Papier aber kein Geld! Trotzdem die [Invaliden-]Versicherung am 1. Jan. 60 in Kraft getreten ist. Ja für den Schweizer ist gesorgt aber nur auf dem Papier und Radio. Indessen wird gesammelt nach Noten – meistens für Ausländer und oft Gesindel. Oh! Mutter Helvetia wo gehst Du hin? Mit Gruß [H.B.jun.]»⁵³

Diese Bemerkung wirft die Frage auf, inwiefern selbst ehemalige (kommunistische) Spanienfreiwillige wie H.B.jun. auch fremdenfeindliche Einstellungen an den Tag legen konnten beziehungsweise inwiefern sie sich ihrer früheren linken Weltanschauung entfremdet und in ein kleinbürgerliches Milieu eingefunden hatten. H.B.jun.s Bemerkung evoziert den paradigmatischen Fall des Fritz Meier aus Ellikon ZH, der im Spanischen Bürgerkrieg die Republik durch Lastwagentransporte unterstützt hatte, dann aber 1961 in Winterthur die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» gründete.⁵⁴

Auch in W.Hi.s Dossier des Wohlfahrtsamtes ist der Spanien-Einsatz präsent. In einem Bericht von 1938 wird ihm eine anständige Lebensführung nachgesagt:

«Er [W.Hi.] soll weder getrunken, geraucht noch in übler Gesellschaft verkehrt, jedoch seinen politischen Neigungen gefrönt haben. Eines Tages verschwand er unverhofft und man vernahm erst später, dass er sich in spanische Kriegsdienste anwerben liess. Man glaubt, dass er dies aus Ueberzeugung tat und nicht aus blosser Abenteuerlust.»⁵⁵

⁵¹ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [H.B.jun.], Zürich, 9. September 1941, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.571.

⁵² Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [H.B.jun.], Zürich, 5. Mai 1944, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.571.

⁵³ StadtAZH, Soziale Dienste, V.J.c.13.: Serie II.a.571 [H.B.jun.], [o. D.]

⁵⁴ Vgl. Buomberger, Kampf gegen unerwünschte Fremde, S. 47; Drews, «Schweizer erwache!», S. 71.

⁵⁵ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [W.Hi.], Zürich, 6. September 1938, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.3419.

In Bezug auf seine «politische extreme (kommunistische) Einstellung» heisst es immerhin, diese werde «auf das Unterstützungsgesuch als nicht massgebend gewertet».⁵⁶ Ein Hinweis auf eine mögliche Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist Jahre später wahrnehmbar:

«Wie aus einem Bericht vom 26. Juni a.c. [1944] zHd des Amtes für Sozialversicherung entnommen werden kann, arbeitete Informat [sic!] vom 29. Febr. bis 13. Juni a.c. [1944] bei Koch, Weizenstr. 5 [...] Dieser [Koch] erklärte, wie im gen. Bericht wörtlich erwähnt, dass [W.Hi.] wegen seiner politischen Einstellung (Kommunist, Spanienfahrer) entlassen wurde, währenddem von anderer Seite zu hören war, dass Koch keine Arbeit mehr hatte.»⁵⁷

Noch in einem Bericht von 1953 ist von W.Hi.s «Fahrt in spanische Kriegsdienste» die Rede. Der Bericht beginnt mit einem stark moralisierenden Tonfall: «"Schuster bleib bei deinem Leisten" [sic!] denkt man unwillkürlich beim Ueberblicken all der voreiligen Unternehmungen im Leben der Eheleute [Hi.].»⁵⁸

Deutlich dramatischer verhält es sich mit H.M., dem keine (klare) politische Gesinnung nachgesagt wird.⁵⁹ Nach seiner Rückkehr und der Verbüssung einer fünfmonatigen Freiheitsstrafe lebte der Baumaler von Vorträgen über seine Erfahrungen in Spanien, Gelegenheitsjobs und war auf die Unterstützung durch das Fürsorgeamt angewiesen. In einem Brief H.M.s an das Fürsorgeamt der Stadt Zürich wird dies ersichtlich:

«Im April 1938 kam ich aus dem Gefängnis wegen Spanien, da wurde mir die Stelle gespehrt [sic!]. In diesen zwei Jahren habe ich im ganzen sechs Monate gearbeitet, die übrige Zeit habe ich gebetelt [sic!] bei Bekannten und Verwandten oder in der grössten Not das Fürsorgeamt beansprucht. Für diese Zeit des Elends soll ich nun 275 Fr. Steuer bezahlen! Ich möchte Sie höflichst bitten an Hand von meinen Bezügen bei Ihnen diese Zeit der Steuerbehörde mitzuteilen, damit ich nicht einer, im Verhältnis zu meinem seinerzeitigen Verdienste [sic!] stehenden Steuer besteuert werde. Ich glaube nicht dass mann [sic!] für Mittellosigkeit und Arbeitslosigkeit oder für Hungertage Steuern zu bezahlen hat.»⁶⁰

Die feindselige Haltung der Behörde lässt sich in folgender Aktennotiz des Fürsorgeamtes erkennen: «Mit [H.M.] ist das alte Lied. Spielt sich als den grossen Freiheitskämpfer auf. Hat ein freches Maul ohne gleichen. Von was er gelebt hat in den letzten Wochen, ist nicht zu erfahren.»⁶¹

Ähnlich ablehnend war die Einstellung gegenüber dem Kommunisten Al.P., der Frau und Tochter in Zürich zurückgelassen hatte, um nach Spanien zu ziehen.

«Dieser Tage erschien bei uns die Ehefrau des Obgenannten [Al.P.] und suchte für sich um Unterstützung im Betrage von Fr. 90.- pro Monat für Zins und Unterhalt nach. Der Ehemann hat die Familie in September v. J. [1936] verlassen und hält sich in Spanien auf. Als eifriger Kommunist kämpfte er als Freiwilliger bei den Regierungstruppen.»⁶²

⁵⁶ Ebda.

⁵⁷ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [W.Hi.], Zürich, 4. August 1944, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.3419.

⁵⁸ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [W.Hi.], Zürich, 4. September 1953, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.3419.

⁵⁹ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 268f.

⁶⁰ Brief [H.M.s] an Herrn Stutz, Fürsorgeamt der Stadt Zürich, Neuhausen, 19. Juni 1940, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.10886.

⁶¹ Aktennotiz über [H.M.], vom 5. Mai 1945, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.10886.

⁶² Kreis 4, Hard an die Direktion des Armenwesens des Kts. Zürich, 31. März 1937, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.4102.

1937 liess sie sich scheiden. Ein Jahr später heiratete Al.P. in Spanien C., die ihm dann in die Schweiz folgte. Auch spätere Akten verweisen auf Al.P.s Weggang nach Spanien, der als Flucht vor «allerlei Schuldverpflichtungen», aber auch als die Tat eines «politische[n] Fanatiker[s]» gedeutet wird.⁶³ Aus einer Aktennotiz von 1942 erfährt man Al.P.s problematische Erfahrung mit dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk: «Das Arbeiterhilfswerk habe s. Zt., als die Spanienteilnehmer zurück kehrten, sich schofel benommen & die Leute abgeturnt.»⁶⁴ In der Tat stellten die Rückkehrer eine Herausforderung für das Schweizerische Arbeiterhilfswerk dar. Aus einem Sitzungsprotokoll von 1939 ist zu entnehmen, dass Adolf Lüchinger, Sozialdemokrat, der von 1944 bis 1949 als Zürcher Stadtpräsident amtierte,⁶⁵ um Verständnis für die begrenzten Mittel der Hilfsorganisation bat: «Sie müssen jedoch einsehen, dass einzelne Spanienfahrer an die öffentliche Fürsorge gelangen müssen. Das SAHW hat die erste Hilfeleistung übernommen und diese Pflicht ist nun erfüllt.»⁶⁶ Al.P. wandte sich im Juni 1946 einer maschinengeschriebenen Ergänzung zufolge an «Stadtrat Woog wegen einer allfälligen Anstellung als Hilfswelbel.»⁶⁷ Edgar Woog war in der Zwischenkriegszeit als Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale u.a. in Moskau, Berlin und Spanien aktiv gewesen. Zu Beginn des Spanischen Bürgerkrieges beteiligte er sich an der Koordination der freiwilligen Kämpfer*innen für die Republik und wurde deshalb in der Schweiz wegen Anwerbung für fremde Kriegsdienste zu einer Gefängnisstrafe verurteilt (1937/38). 1944 war er Gründungsmitglied der PdA. Im März 1946 wurde er in den Zürcher Stadtrat gewählt. In einer Schmähkarte verunglimpften ihn die Jungfreisinnigen als verurteilten «Spanienfahrer».⁶⁸ 1947 wurde Woog wegen Veruntreuung von Spendengeldern verhaftet und 1949 verurteilt und des Amtes enthoben.⁶⁹

Wohllollender ist die Sicht auf die drei Brüder im Bericht über W.P., der lange Zeit als verschollen galt, allerdings in Gefangenschaft der Franco-Truppen geraten war und 1939 in einem Gefangenen austausch freikam.⁷⁰

«Ende Dezember 1936 sei er [W.P.], zusammen mit den Brüdern [Ar.P.] [geb.] 1908 und [Al.P.] [geb.] 1912 in den spanischen Bürgerkrieg gezogen. Es handle sich um flotte, tapfere, vielleicht etwas sensible Burschen, die sich ohne ausgesprochenes Parteibekanntnis einfach für ihre Ueberzeugung eingesetzt hätten.»⁷¹

Und auch der Bericht über Ar.P. zeigt einen ungewöhnlich positiven Tonfall:

«Man habe es hier allem Anscheine nach mit recht ordentlichen, soliden, bescheidenen und häuslich gesinnten Leuten zu tun, denen es daran gelegen sei, in geordneten Verhältnissen zu leben. Der Mann [Ar.P.] habe früher, das Gleiche sei von seinen Brüdern zu sagen, zu

⁶³ O. T, o. D., StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.4102.

⁶⁴ Aktennotiz vom 26. Februar 1942, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.4102.

⁶⁵ Vgl. Bürgi, Lüchinger.

⁶⁶ Protokoll zur Vorstandssitzung des Schweiz. Arbeiter-Hilfswerks, 21. Februar 1939, SozArch Ar 20.412.

⁶⁷ Notiz vom 19. Juni 1946 vom Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich an das Fürsorgeamt, Kreis 4-Hard, Herrn Sekretär E. Muntwyler, betreffend [Al.P.], Gipsler, geb. 3. Okt. 1912. StadtAZH, Soziale Dienste, V.J.c.13.: Serie II. 10938.

⁶⁸ Aufgabe der Neutralität. Der Kommunist Edgar Woog, SozArch Ar 140.40.1.

⁶⁹ Vgl. Bürgi, Woog; Koller, Vor 70 Jahren: Der Fall Woog; Günthard/Günthard, Spanische Eröffnung, S. 35-37 und 103f.

⁷⁰ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 324f.

⁷¹ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [W.P.], Zürich, 17. Januar 1941, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II. Abhörbogen, [W.P.].

den fleissigen und nüchternen Arbeitern gezählt, sei auch jetzt als arbeitswillig zu taxieren und zeige ein ganz zufriedenstellendes Verhalten.»⁷²

Mit R.S. begegnen wir einem bemerkenswerten Sonderfall.⁷³ Bereits kurz nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs reist er mit seinem Motorrad nach Spanien und stellte sich in den Dienst der republikanischen Luftwaffe. Schon im September 1936 kehrt er in die Schweiz zurück und wird zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, was ihn nicht daran hindert, im Oktober 1937 wieder nach Spanien zu fahren.⁷⁴ Im April 1938 gerät er in die Gefangenschaft der Franco-Truppen und wird ins KZ Miranda de Ebro interniert. Auffallend ist, dass R.S. seit 1932 und während seiner gesamten Spanien-Zeit bis zum Jahre 1951 unter der Vormundschaft der Stadt Zürich stand. Das Protokoll der städtischen Armenpflege besagt 1941 unverblümt: «Es handelt sich bei [R.S.] um einen haltlosen, schweren Psychopathen, der wegen seinem liederlichen Lebenswandel unter Vormundschaft gestellt werden musste.»⁷⁵ In der Tat forderte R.S.s Gefängnisaufenthalt die unterschiedlichen Stellen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Bezug auf Zuständigkeiten heraus. So heisst es weiter unten:

«Eine Bundeshilfe ist laut Bericht der zuständigen Stelle in Bern nicht möglich. Von der Schweizerischen Gesandtschaft wird lediglich erklärt, dass die Ernährung der Gefangenen ungenügend sein soll. Eine Unterstützung der Armenpflege für solche Zwecke ist, abgesehen vom Vorleben des Gesuchstellers, grundsätzlich abzulehnen, weil [R.S.] sein Schicksal selbst verschuldet hat und es nicht Sache und Pflicht der heimatischen Armenpflege sein kann, nach ausländischen Gefängnissen zusätzliche Verpflegungshilfe zu leisten. Mit dieser Auffassung geht auch die Amtsvormundschaft einig.»⁷⁶

Nichtsdestotrotz gewährte die städtische Armenpflege eine ausserordentliche Beihilfe im Umfang von 200 Franken und eine monatliche Unterstützung für R.S.s in Zürich wohnhafte Tochter.

R.S. kommt schliesslich im Frühjahr 1943 frei und begibt sich zunächst nach Barcelona, lässt sich aber später im Fürstentum Andorra nieder. Erst 1949 betritt er wieder Schweizer Boden. Hier soll er eine Anstellung beim Elektronikkonzern Philips gefunden haben.⁷⁷ Aus einem Brief des Kirchlichen Gemeindedienstes Sihlfeld an das Fürsorgeamt geht allerdings hervor, dass R.S. Ende 1957 wieder ein prekäres Leben führte:

«Der oben erwähnte Herr [R.S.] kam in sehr schwerer Notlage zu uns und bat uns um finanzielle Hilfe. Da diese weit über unser Vermögen ging, haben wir ihn ans Fürsorgeamt gewiesen. Doch nun will er davon nichts wissen. Er sei vor 25 Jahren einmal von dort unterstützt worden und habe sich geschworen, dies solle nie mehr geschehen.»⁷⁸

Bemerkenswert ist, dass R.S. und seine neue Frau J. es vorzogen, in den 1960er-Jahren nach Spanien zurückzukehren und unter dem Regime zu leben, das aus dem Sieg über die Republik hervorgegangen war. Hier verstarb er 1978 in Castellón, nachdem er das Ende der Diktatur

⁷² Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundungsdienst, Bericht in Sachen [Ar.P.], Zürich, 28. März 1939, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II. Abhörbogen, [Ar.P.].

⁷³ Für eine Kurzbiografie von R.S. siehe Hug, Schweizer unter Franco, S. 257-281.

⁷⁴ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 369f.

⁷⁵ Auszug aus dem Protokoll der Armenpflege vom 29. September 1941, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.4928.

⁷⁶ Ebda.

⁷⁷ Vgl. Hug, Schweizer unter Franco, S. 278.

⁷⁸ Kirchlicher Gemeindedienst Sihlfeld – Zürich 3 an E. Rüegg, Selnaustrasse 17, Zürich, 19. Dezember 1957, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.4928.

erleben durfte.⁷⁹ Über die Gründe für diesen Schritt lässt sich nur spekulieren. Bei H.A.,⁸⁰ der ebenfalls irgendwann nach Spanien zog und sich auf der Insel Teneriffa niederliess, liegt wenigstens ein Brief vor, der einige Erkenntnisse über die Gründe für diesen Entschluss zutage bringt:

«Als ich Euch so alle zusammen sah, habe ich mir nachträglich wieder einmal die Frage gestellt, ob ich nicht besser in der Schweiz geblieben wäre. Aber wenn ich so mein kleines, bescheidenes Besitztum betrachte, das wunderbare Klima das ganze Jahr hindurch, dass ich mit der A.H.V. hier viel besser zurecht komme, dass es mir gesundheitlich viel besser geht und dass ich Sommer und Winter viel im Freien sein kann, so bin ich wieder ganz zufrieden, hier zu sein. Ich lebe hier doch so, wie ich in der Schweiz mit A.H.V. und Pension zusammen leben könnte. Aber Pension habe ich keine.»⁸¹

H.A. kompensierte durch seinen Wegzug nach Spanien mit den tieferen Lebenskosten und dem günstigen Wechselkurs das Fehlen einer Pension. Da über ihn keine Akten der Sozialen Dienste vorliegen, kann der Grund für die fehlende Vorsorgeleistung nicht ermittelt werden.

Auch im Dossier von W.Hu., einem Mitglied der KP-Jugend,⁸² erkennt man in seiner Beschreibung denselben demütigenden Ton wie in den bereits kommentierten Berichten:

«Es handelt sich beim Gesuchsteller um den in Blutschande gezeugten Sohn des im Jahre 1934 verstorbenen [J.Hu.]. [...] Im November 1936 begab er sich nach Spanien und kämpfte dort auf Seiten der Regierung. Im September des folgenden Jahres durch einen Kopfschuss verwundet, wurde er nach Paris gebracht und dort bis im Juli dieses Jahres [1938] im Spital verpflegt. Seit 15. Juli hält sich [W.Hu.] wieder in Zürich auf. [...] Da seine Verwundung zwar ausgeheilt aber einen dauernden Nachteil hinterlassen hat – es sollen sich heute noch eine ganze Anzahl Splitter im Kopfe befinden – wird der geistig ohnehin etwas zurückgebliebene Mann noch grössere Schwierigkeiten haben, um wieder zu einer Existenz zu kommen.»⁸³

Deutlich nachsichtiger ist der Tonfall in einem ähnlichen Bericht von 1953, wo ebenfalls der Spanieneinsatz genannt wird, nicht aber die «Blutschande»:

«Im allgemeinen aber hat man doch von [W.Hu.] einen rechten Eindruck. Der Mann sei bestimmt arbeitsam, solid und seriös, wie er sich auch einer einfachen Lebensweise befleisse. Schulden mache [W.Hu.] nicht. Auch den Zimmerzins von Fr. 35.-- zahle er regelmässig, wie er überhaupt ein ausgesprochen ruhiger und zurückgezogen lebender Untermieter sei. Dass [W.Hu.] ein Sonderling ist, sich im Leben schwer durchsetzt, dürfte durch die Umstände bedingt sein. Der ohnehin nicht sehr gesprächige Mann hat bis heute mehr auf der Schattenseite des Daseins gestanden und ist auch von Unannehmlichkeiten nicht verschont geblieben.»⁸⁴

Bei O.P. treffen wir erneut eine verzerrende Umschreibung seines Spanien-Einsatzes in einem Bericht an die Armenpflege Küsnacht ZH:

⁷⁹ Hug, Schweizer unter Franco, S. 281.

⁸⁰ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, 101f.

⁸¹ Brief [H.A.s] an Ernst Linggi, La Matanza, 12. Oktober 1979, ZBZ (SGA), Ar 211.3. IG-Spanien Korrespondenz 1978-1980

⁸² Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 228.

⁸³ Fürsorgeamt der Stadt Zürich an die Direktion des Armenwesens des Kantons Zürich, 17. August 1938, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.3651.

⁸⁴ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [W.Hu.], 20. Januar 1953, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.3651.

«[O.P.] wohnt seit Ende November 1939 an obiger Adresse. Er ist im Dezember 1936 nach Spanien ausgereist und hat sich während der Revolution der Volksarmee zur Verfügung gestellt. Nach Beendigung der Revolution kehrte er am 17. Juni 1939 über Frankreich nach Zürich zurück, wurde in Strafuntersuchung gezogen und zu 5½ Monaten Gefängnis verurteilt.»⁸⁵

Auffallend ist, wie, anstelle der Verteidigung der legitimen Republik, O.P.s Engagement als im Dienste einer «Revolution» präsentiert wird.⁸⁶ Der Begriff «Bürgerkrieg» taucht in diesem Schreiben gar nicht auf. Auch in einem Bericht von 1940 wird O.P.s 'subversive' Natur angekreidet:

«[Arbeitgeber] Kunz will ihn aus Erbarmen eingestellt haben, sei aber froh gewesen, als er ihn wieder entlassen konnte. Er habe keine erstklassige Arbeit geleistet. [Der] Pet.[ent] habe ihm des langen und breitem [sic!] von Spanien berichtet, was ihn gar nicht interessiert habe. Er habe lediglich verlangt, dass er auf dem Bau keine Politik treibe, was [O.P.] versprochen habe. Leider habe er aber nicht Wort gehalten, sondern sich in alles eingemischt, verrücktes Zeug zusammengeschwatzt, sodass er bald die ganze Arbeiterschaft aufgewiegelt und hintereinander gebracht habe. Der Polier habe diesem Treiben nicht mehr zusehen können und so sei es dann zur Entlassung gekommen. [O.P.] sei ein gefährlicher Bursche.»⁸⁷

Ein Jahr später wurde ein ähnlicher Bericht verfasst. Hier wird auf die Ursache von O.P.s häufigen Wohnungswechseln – acht Mal seit seiner Haftentlassung – hingewiesen; nämlich Streitigkeiten, die meistens auf «seine politische Einstellung bezw. die Art und Weise, wie er sie propagiert» zurückzuführen sei.⁸⁸

O.P. wurde 1942 und 1947 wegen Diebstahls bzw. wegen Betrugs straffällig und jeweils zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Im Januar 1949 wurde er «wegen Zusichnahme einer grösseren Menge Schlafmittel» ins Kantonsspital eingeliefert und danach in die Psychiatrische Klinik Burghölzli zur Beobachtung eingewiesen.⁸⁹ Zu diesem Zeitpunkt war er in Küsnacht ZH wohnhaft.

Der oben erwähnte Schlafmittelmissbrauch kann möglicherweise als Suizidversuch gedeutet werden. Es ist in der Tat schwierig zu ermitteln, wie viele Spanienfreiwillige sich für den Freitod entschieden. Selbst der Tod des Zürcher Arztes E.H. lässt sich nicht eindeutig als Suizid nachweisen.

E.H. hatte 1931, ein Jahr nach seinem Staatsexamen, die Praxis von Dr. A. Stoll in der Nähe des Helvetiaplatzes übernommen, die er bis 1934 führte.⁹⁰ Im Oktober 1936, nach einer gescheiterten Ehe,⁹¹ reiste er als Mitglied der Arbeiter-Samariter nach Spanien, wo er zusammen mit weiteren Schweizer Kolleg*innen als Arzt nahe der Front seinen Beruf

⁸⁵ Fürsorgeamt der Stadt Zürich an die Armenpflege Küsnacht ZH, 12. Dezember 1939, StadtAZH, V.J.c.13.: Serie II.a.4055.

⁸⁶ Dies erinnert an die nach dem Sieg General Francos in der Strafrechtspraxis vollzogene «Umkehrung» des Begriffs der Rebellion, wonach die der Republik treu Gebliebenen als Verräter und Rebellen gegen die Putschisten angesehen wurden und demnach verfolgt werden konnten. Vgl. Prieto, Companys i Jover.

⁸⁷ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen: [O.P.], Zürich, 15. August 1940, StadtAZH, V.J.c.13.: Serie II.a.4055.

⁸⁸ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen: [O.P.], Zürich, 13. August 1941, StadtAZH, V.J.c.13.: Serie II.a.4055.

⁸⁹ Armenpflege Küsnacht ZH an das Fürsorgeamt der Stadt Zürich, Küsnacht, 22. März 1949, StadtAZH, V.J.c.13.: Serie II.a.4055.

⁹⁰ Vgl. Neue Zürcher Nachrichten, Nr. 110, 23. April 1931; Neue Zürcher Nachrichten, Nr. 189, 14. Juli 1934.

⁹¹ Vgl. W. Wreschner an Fritz Brupbacher, Zürich, 10. Oktober 1933, SozArch Ar 101.30.5.

ausübte.⁹² Aus einem Schreiben an seinen Kollegen, den libertären Sozialisten Fritz Brupbacher, entnehmen wir seinen Enthusiasmus für die Sache der Republik. E.H. bittet ihn um die Ausstellung eines Empfehlungsschreibens zuhanden der anarchistischen Gesundheitsministerin Federica Montseny.⁹³ Ein zweites Schreiben, diesmal aus Genf, verrät, dass er die Reise «mit weniger freudigen Gefühlen als das erste Mal» antrat.⁹⁴ E.H. bat ferner Brupbacher um die Abtreibung seiner Freundin: «Hat Ihr bewährtes Rezept [...] nicht Erfolg, so trösten Sie meine Freundin & verhindern Sie daß sie Dummheiten macht. Ein Kind ist nichts so Schreckliches.»⁹⁵ Nach seiner Rückkehr aus Spanien schloss er seine Promotion an der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich über septische Angina ab.⁹⁶ Seine Spanien-Erfahrung scheint sich nicht negativ auf die Abstimmung in der Fakultät ausgewirkt zu haben, deren Mitglieder sich einstimmig für die Zulassung zur Promotion aussprachen.⁹⁷ Im Mai 1942 erteilte ihm der Kleine Rat des Kantons Graubünden die Arztpraxis-Bewilligung.⁹⁸ Am 3. August 1945 verstarb E.H. in Samedan. Als Todesursache wurde Morphium-Vergiftung angegeben.⁹⁹ Drei Tage später wurde der Vierzigjährige auf dem Friedhof Sihlfeld beigesetzt.¹⁰⁰ Seine Witwe schied 1953 in Zürich dahin.¹⁰¹

H.K. stellt einen weiteren ebenso tragischen wie interessanten Fall dar. Politisch unauffällig, gab er später in Spanien an, Mitglied der SP zu sein.¹⁰² Grund für seine Fahrt nach Spanien im April 1937 dürfte die Scham über ein Sittlichkeitsdelikt sein. Nach bloss zwei Monaten kehrte er in die Schweiz zurück. Der Bericht des Wohlfahrtsamtes der Stadt Zürich von 1944 lässt kein gutes Haar an ihm. Es ist von «unerfreulichen Familienverhältnissen» mit einem «chronische[n] Trinker» als Vater die Rede:

«Der Bursche [H.K.] habe regelrecht den "Rappel" gekriegt und sei in diesem Zustande unberechenbar gewesen. Er habe wochenlang nichts mehr gearbeitet, sei in Wirtschaften herumgesessen und habe vor allen Dingen übermässig getrunken. Seinen ganzen Lohn habe er jeweils restlos verklopft und dazu noch Schulden gemacht. Bereits im Jahre 1937 musste sich die Stadtpolizei mit [H.K.] befassen weil er sich unzüchtige Handlungen mit Knaben zuschulden kommen liess. [H.K.] habe auch gleichzeitig zufolge seines liederlichen Lebenswandels den Einrückungstermin für den WK verpasst. Er sei dann aus Angst vor einer allf. Strafe nach Spanien geflüchtet und habe sich dort anwerben lassen.»¹⁰³

Wegen Dienstversäumnisses und «widernatürlicher Unzucht» wurde H.K. 1944 erneut zu einer Haftstrafe verurteilt und aus der Armee ausgeschlossen. Ebenso wurde die Versorgung auf unbestimmte Zeit angeordnet.¹⁰⁴ Zu diesem Zweck wurde auch er in die Psychiatrische Klinik Burghölzli eingewiesen.¹⁰⁵ In der Verfügung lässt sich die für die damalige Zeit typische Pathologisierung von Homosexualität erkennen:

⁹² Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 225.

⁹³ E.H. an Fritz Brupbacher, Barcelona, 30. Oktober 1936, SozArch Ar 101.30.5.

⁹⁴ E.H. an Fritz Brupbacher, Genf, 24. Februar 1937, SozArch Ar 101.30.5.

⁹⁵ Ebda., Hervorhebung im Original.

⁹⁶ Prof. Nager an Prof. Anderes, Dekan der Med. Fak., Zürich, 17. Juni 1938, StAZH Z 492.722.

⁹⁷ An die Mitglieder der Med. Fakultät!, Zürich, 22. Juni 1938, StAZH Z 492.722.

⁹⁸ Vgl. Engadiner Post, Nr. 55, 16. Mai 1942.

⁹⁹ Totenschein von [E.H.], Zuoz, 4. August 1945, Zivilstandsamt der Region Maloja.

¹⁰⁰ Vgl. Neue Zürcher Nachrichten, Nr. 182, 7. August 1945.

¹⁰¹ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 789, 7. April 1953, Ausgabe 3.

¹⁰² Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 254f.

¹⁰³ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Bericht in Sachen [H.K.], Zürich, 13. September 1944, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.16988.

¹⁰⁴ Aktennotiz über [H.K.], 16. August 1944, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.16988.

¹⁰⁵ Direktion der Justiz des Kantons Zürich, Verfügung vom 10. August 1944, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.16988.

«Er [H.K.] ist ein von Haus aus wohl von beiden Elternteilen belasteter haltloser Psychopath. Die Psychopathie war aber nicht derart ausgeprägt, dass sie ihn, wie das sonst ausserordentlich häufig, ja fast immer bei Psychopathen konstatiert werden kann, an der sauberen Berufsentwicklung hinderte. Aber sie findet sich vorwiegend auf sexuellem Gebiet und liess dort eine Triebhaftigkeit aufkommen, die unbedingt krankhaft ist. Es finden sich homosexuelle Züge, ohne dass man von einem ausgeprägten Homosexuellen reden darf.»¹⁰⁶

1949 wurde er von der Polizei erneut ins Burghölzli zugewiesen, «nachdem er im Rausch einen Hausbewohner bedroht und sich später eine Pulsader aufgeschnitten hatte bzw. versucht hatte.»¹⁰⁷ 1964 wurde er wegen «Unzucht mit Kindern» zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt,¹⁰⁸ wobei der Strafvollzug zugunsten einer Zwangseinweisung, diesmal in die Heil- und Pflegeanstalt Rheinau, eingestellt wurde. Im Februar desselben Jahres unterzog sich [H.K.] einer operativen Kastration, was seine Entlassung in Schutzauufsicht nach sich zog.¹⁰⁹

Bei O.S., der als Akquisiteur für mehrere Zeitungen arbeitete,¹¹⁰ taucht sein Spanieneinsatz in einem wertneutralen Ton auf: «Vom November 1936 bis Neujahr 1938 als Spanienkämpfer auf Seite der Republikaner.»¹¹¹ Auffallend bei F.S., der für seinen Spanien-Einsatz seine Frau und seine drei Kinder verliess,¹¹² ist die Tatsache, dass er in den Akten des Fürsorgeamtes zwar als in Spanien wohnhafter Auslandschweizer gilt, nicht aber als Spanienkämpfer. Nichtsdestotrotz wird er als «unsteter Psychopath geschildert» und durch die Nennung einer ausserehelichen Beziehung zusätzlich stigmatisiert.¹¹³

Auch F.B. liess Frau und Kinder zurück:

«Nun hat aber [F.B.] am 7. August 1937 seine Familie plötzlich verlassen, um, wie aus seinen späteren Briefen an die Ehefrau hervorgeht, nach Spanien auszuwandern und dort als Kriegsfreiwilliger zu kämpfen. Durch dieses Vorgehen ist die Ehefrau, die zwar versucht als Hilfsarbeiterin soviel als möglich zu verdienen, mit ihren beiden Kindern in eine neue Notlage geraten.»¹¹⁴

Darauf folgt das moralische Urteil:

«Es ist aber als fortgesetzte Liederlichkeit zu bezeichnen, dass F.B. unter Aufgabe seiner bisherigen Existenz Frau und Kind verlassen und sich damit auf unbestimmte Zeit hinaus unfähig gemacht hat, seine Familienpflichten zu erfüllen, weshalb Art. 13, Abs. 1 des Konkordates Anwendung finden muss.»¹¹⁵

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Kantonale Heilanstalt Burghölzli an das Fürsorgeamt der Stadt Zürich, Zürich, 11. November 1949, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.16988.

¹⁰⁸ Es ist anzunehmen, dass es sich dabei nicht um eine verkappte (Re-)Kriminalisierung von Homosexualität handelt. Mit dem gesamtschweizerischen Strafgesetzbuch von 1942 wurden nämlich homosexuelle Praktiken entkriminalisiert, ausser im Zusammenhang mit Minderjährigen und gewerbsmässig.

¹⁰⁹ Vgl. Direktion der Justiz des Kantons Zürich, Verfügung vom 7. Juli 1964, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.16988.

¹¹⁰ Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 350f.

¹¹¹ Aktennotiz über [O.S.], 10. Mai 1940, StadtAZH V.J.c.13.: Serie V.14372.

¹¹² Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 373f.

¹¹³ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [F.S.], Zürich, 22. August 1944, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.a.5059.

¹¹⁴ Beschlüsse, Verfügungen und Berichte, 6. Dezember 1937, Abhörbogen, [F.B.], StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.

¹¹⁵ Ebd.

In einem späteren Bericht nach F.B.s Rückkehr aus Spanien wird dann hingegen die moralische Keule gegen die Frau geschwungen:

«Im Hause Zentralstrasse 117 gelten die [B.s] als ruhige, zurückgezogene und sich einfach gebende Leute, die bestrebt seien, Arbeit und Verdienst zu bekommen. Einzig hält man sich über die Tatsache auf, dass Frau [B.] im Nov. 1938 ein Mädchen gebar, wenige Monate, nachdem der Ehemann nach langer Abwesenheit zurückkehrte. Es wird daraus der Schluss gezogen, dass der Mann nicht der Erzeuger dieses Kindes sein könnte. [...] Frau [B.] hätte die Abwesenheit ihres in spanischen Kriegsdiensten gestandenen Mannes benützt, ein leckeres Leben zu führen.»¹¹⁶

A.S.s Kampf für die spanische Republik und danach in der französischen Armee gegen die deutsche Besatzung hat in seinem Dossier nur eine marginale Bedeutung. Vor der Schweizer Militärjustiz gelingt es ihm, seinen Spanieneinsatz zu verheimlichen;¹¹⁷ offenbar nicht aber der Stadt Zürich. Im Bericht von 1958 ist von «Alkoholgenuss» die Rede als einem der Gründe für seine prekäre Situation. Auch hier finden wir besonders harte Urteile über den Petenten: «Bereits damals [1949] hiess es von [A.S.], dass dieser Mensch einen schwierigen Charakter habe und offenbar einen geistigen Defekt aufweise.»¹¹⁸ Auch der rechthaberische Ton anderer Berichte manifestiert sich hier, wenn es heisst: «Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn die Ehe nach kurzer Zeit scheiterte und auch der nach einer gewissen Trennungszeit unternommene 2. Versuch nicht zum Ziele führte.»¹¹⁹

In keinem der beiden Dossiers der Sozialen Dienste über den Kommunisten W.V.¹²⁰ ist ein Hinweis auf seinen Einsatz zu lesen.¹²¹

Diese relativ geringe Anzahl Sozialfälle gemessen an der hohen Anzahl Zürcher Spanienfreiwilliger könnte den Anschein erwecken, dass die Situation der Rückkehrer*innen im Grossen und Ganzen nicht allzu prekär gewesen sein dürfte, dass also nur wenige Mühe hatten, in der Nachkriegsschweiz beruflich und sozial wieder Fuss zu fassen. Allerdings muss man annehmen, dass einige dieser Rückkehrer*innen etwa aus Stolz oder aufgrund der Erfahrung anderer – man denke an R.S.s Weigerung, sich erneut beim Fürsorgeamt zu melden – diesen behördlichen 'Leidensweg' nicht auf sich nehmen wollten.

Der behördliche Blick auf die Hilfe suchenden Spanienfreiwilligen offenbart *generell* eine paternalistische, autoritäre, feindselige, häufig zynische und ablehnende Haltung gegenüber diesen Antragstellern. Dies zeigt sich im pathologisierenden und kriminalisierenden Tonfall mancher Beamten. Es ist gleichermassen ein moralisierender Blick, der sie auf ihre zum Teil dem Zeitgeist nach als solche angesehenen Schwächen – Alkoholismus, Strafanfälligkeit, Homosexualität etc. – reduziert. Es ist auch schwierig zu ermitteln, inwiefern andere Linke, die nicht in Spanien gekämpft hatten, anders behandelt wurden.

Nichtsdestotrotz bleibt eine wichtige Erkenntnis feststellbar. Die Stadt Zürich, insbesondere die Sozialen Dienste, griffen trotz dieser feindseligen und diffamierenden Haltung den ehemaligen Spanienfreiwilligen und ihren Familien finanziell unter die Arme. Die zum Teil voluminösen Dossiers gefüllt mit Berichten, Aktennotizen, Auskünften und Briefwechseln mit anderen Institutionen z. T. auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene zeugen vom hohen,

¹¹⁶ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [F.B.], Zürich, 27. Januar 1939, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.

¹¹⁷ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 381.

¹¹⁸ Wohlfahrtsamt der Stadt Zürich, Erkundigungsdienst, Bericht in Sachen [A.S.], Zürich, 9. Mai 1958, StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.8082.

¹¹⁹ Ebda.

¹²⁰ Vgl. Huber/Hug: Biografisches Handbuch, S. 398f.

¹²¹ Vgl. StadtAZH V.J.c.13.: Serie II.8488; V.J.c.13.: Serie II.A.5499.

zeitweilig unermüdlichen Aufwand zwecks Milderung der prekären Lage dieser Heimkehrer*innen.

Auch einzelne Personen setzten sich ein, um das Los mancher Spanienfreiwilligen zu erleichtern. F.R., Mitglied der SP in Zürich, der sich in Spanien angeblich trotzkistischen und anarchosyndikalistischen Kreisen angenähert hatte, kam später nach dem misslungenen Verhaftungsversuch durch Otto Brunner wegen Mord- und Spionageverdacht ins Gefängnis Modelo in Barcelona.¹²² Anlässlich eines in Zürich im August 1938 abgehaltenen internationalen Physiologenkongresses, an dem der republikanische Ministerpräsident Spaniens und Arzt Juan Negrín teilnahm, setzten sich Stadtpräsident Emil Klöti und SP-Präsident Hans Oprecht zu F.R.s Gunsten ein, sodass er kurz darauf freigelassen wurde. F.R. bekam später eine Anstellung bei den VBZ,¹²³ obschon das seit 1927 geltende Personalrecht der Stadt Zürich «Arbeitstüchtigkeit und Eignung für die zu erfüllenden Obliegenheiten, sowie einen guten Leumund» als Voraussetzung erforderte.¹²⁴

Die Staatsschutzakten über die ehemaligen Spanienfreiwilligen

«Die Verteidiger der spanischen Volksfrontrepublik aber, die Spanienkämpfer, waren jahrzehntelang verfeimt; bei ihrer Heimkehr vor Gericht gezogen, zu Haftstrafen verurteilt, der bürgerlichen Ehren beraubt, als mit Sowjetgold bestochene Söldner verleumdet, Reisläufer, Abenteurer, Rote geschimpft, im Aktivdienst besonders überwacht, wirtschaftlich benachteiligt und geschädigt, wenn sie sich nicht als Selbständigerwerbende einigermaßen unabhängig von der Willkür der Unternehmer machen konnten.»¹²⁵

Zschokkes Zitat von 1976 antizipiert dieselben Aussagen, die er ein Jahr später, anlässlich der Beisetzung Emil Hächlers machen würde. Auch der in Meilen wohnhafte Eduard Ruchti wurde 1978 in einem Artikel der PdA-Zeitung *Vorwärts* gewürdigt, wobei hier die Stigmatisierung notabene schon vor dem Spanien-Einsatz begonnen haben soll:

«Zum entscheidenden Ereignis im Leben von Edi Ruchti wurde der Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien. Trotz gemeinderätlichem Verbot organisierte die Arbeiterunion Protestversammlungen gegen Franco. Edi verlor die Arbeitsstelle und wurde auf die 'Schwarze Liste' gesetzt – als Antwort entschloß er sich, selber nach Spanien zu gehen.»¹²⁶

Abgesehen von einigen historischen Ungereimtheiten¹²⁷ zeigt obiges Zitat einen romantisierenden Blick auf die Spanienfreiwilligen. Die Vorstellung einer «schwarzen Liste» zwecks politischer Kontrolle und zur Verhängung eines 'impliziten' Berufsverbotes ist ein wiederkehrendes Motiv unter den Spanienveteran*innen. Anita Mühlestein, die Witwe des

¹²² Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 332.

¹²³ Vgl. Todesanzeige für [F.R.] (verstorben am 12. April 1984), SozArch Ar 151.11.2, R. Risler, Alt-SAJ: Todesfälle 1964-1995.

¹²⁴ Personalrecht (vom 5. Oktober 1927), Art. 6., b).

¹²⁵ Zschokke, Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg, S. 85.

¹²⁶ Vorwärts, Nr. 26, vom 29.6.1978 (Hervorhebung im Original).

¹²⁷ Grundsätzlich ist die Erteilung/Nichterteilung von Demonstrationsbewilligungen nicht Sache des Gemeinderates, sondern der Polizei und ggf. des Stadtrates. Zudem wurde die hier erwähnte Arbeiterunion bereits Mitte der 1920er-Jahre aufgelöst. Die Versammlungen wurden wohl von der SP und dem Gewerkschaftskartell organisiert, was ein Verbot durch den Gemeinderat – mit bis 1938 sozialdemokratischer Mehrheit – unwahrscheinlich macht. Verboten war aufgrund des Bundesratsbeschlusses, an solchen Versammlungen zum Eintritt in die Internationalen Brigaden aufzurufen. Im Sommer 1937 verbot der Regierungsrat des Kantons Zürich eine Spanien-Kundgebung in Feuerthalen (Meyer, Hans Mühlestein, S. 153).

Schweizer Kulturhistorikers und Schriftstellers Hans Mühlestein (1887–1969), berichtete 1977 Hanspeter Onori, dass ihr Mann nach seiner Verurteilung «in keiner bürgerlichen Zeitung mehr schreiben» konnte.¹²⁸ Mühlestein war ab August 1936 an zahlreichen Veranstaltungen in Zürich und anderswo zur Unterstützung der spanischen Republik aufgetreten. Im Dezember 1936 wurde er in einem umstrittenen Militärgerichtsprozess wegen Vorschubleistung zum Dienst in einer fremden Armee zu einer unbedingten Gefängnisstrafe von einem Monat und Einstellung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit auf zwei Jahre verurteilt. Inwiefern dies direkt seine Publikationstätigkeit in bürgerlichen Zeitungen beeinflusste, ist nicht eindeutig. In den Jahren 1937, 1940 und 1942 konnte Mühlestein Artikel in der linksfreisinnigen Basler *National-Zeitung* veröffentlichen, die allerdings im Spanischen Bürgerkrieg eine pointiert prorepublikanische Position vertrat. In anderen bürgerlichen Zeitungen (*Neue Zürcher Zeitung*, *Basler Nachrichten*) hatte er bereits nach 1934 nicht mehr publiziert. Zudem vermischte sich bei Mühlestein wie bei anderen im Kontext des Spanischen Bürgerkriegs Verurteilten dieses Stigma mit der Zugehörigkeit zum Kommunismus. Mühlestein hatte sich seit 1936 zunehmend der KP angenähert, der formelle Beitritt erfolgte 1938, nach dem KP-Verbot 1940 betätigte er sich als prosovjeterischer Propagandist und in der Folge war er Mitglied der PdA von deren Gründung 1944 bis zu seinem Parteiausschluss 1947/48.¹²⁹

Christine Seidler, Enkelin des oben genannten W.Hi., sprach ebenfalls von einem «Berufsverbot», das über ihn verhängt worden sei. Sehr zu ihrem Entsetzen erstreckte sich dieses Berufsverbot in einer an Sippenhaft erinnernden Manier über mehrere Jahrzehnte und wirkte sich auch auf sie selbst aus, als sie in den 1980er-Jahren aus ihrer Geigenbauerin-Lehre bei Jecklin flog.¹³⁰ Und selbst wenn mal W.Hi.s vermeintliches Berufsverbot ausgesetzt wurde, so durfte er, obschon Schreinermeister, keine Lehrlinge ausbilden.¹³¹ Die Spanien-Erfahrung wirkte sich in gewissen Fällen also offenbar negativ auf das Berufsleben der zurückgekehrten Spanienfreiwilligen und ihrer Familienangehörigen aus.

Ein ähnlicher Fall wie derjenige von Christine Seidler präsentiert sich in der mündlichen Überlieferung von Ernst Linggis Enkelin. Die in Zürich aufgewachsene Jeannette Linggi besuchte Anfang der 1970er-Jahre ebenda die Oberstufe. Ihr Lehrer wandte sich in einem provokanten Tonfall explizit an sie, wenn immer im Unterricht politische Themen angesprochen wurden. Erst viele Jahre später, als sie dem Sohn des ehemaligen Lehrers begegnete, erfuhr sie, dass er ihre Zeugnisnoten immer abgerundet habe und dass er Mitglied der SP war. Nach ihrer erfolgreichen kaufmännischen Lehre bewarb sie sich Anfang der 1980er-Jahre auf eine Stelle in der Buchhandlung Elsässer. Trotz der bekundeten Begeisterung seitens der Personalverantwortlichen während des Vorstellungsgesprächs erhielt sie keinen Arbeitsvertrag, nicht einmal eine formelle Absage. Als sie dies ihrem Grossvater mitteilte, antwortete er, sie solle sich ja nicht wundern, zumal die Buchhandlung der Bühle-Gruppe gehöre. Jeannette Linggi vermutet, dass diese Ereignisse vor allem damit zusammenhängen, dass ihr Grossvater ein aktiver und bekannter Kommunist war und weniger wegen seines Spanien-Einsatzes.¹³²

Die Vorstellung eines Berufsverbotes ist in den Überlieferungen der Spanienfreiwilligen, derer Nachkommen und nahestehenden Personen und Organisationen präsent – quellenmässig

¹²⁸ Hanspeter Onori, Protokoll des Gesprächs mit Anita Mühlestein, 8. September 1977, SozArch KS 335/71:13.

¹²⁹ Vgl. Meyer, Hans Mühlestein, S. 149-202 und 237-244, ferner Studer, Mühlestein; Günthart/Günthart, Spanische Eröffnung, S. 169.

¹³⁰ Stadt Zürich, Gemeinderat, Auszug aus dem substanziellen Protokoll, 131. Ratssitzung vom 3. Februar 2021, S. 5.

¹³¹ Interview mit Christine Seidler vom 12. April 2023.

¹³² Interview mit Jeannette Linggi vom 2. Oktober 2023.

lässt sie sich weder be- noch widerlegen. Der Verdacht eines Opferdiskurses lässt sich hier nicht ganz von der Hand weisen. Immerhin waren die meisten Spanienfreiwilligen bis zur Rehabilitation von 2009 vorbestraft, weil sie gegen geltendes Bundesrecht verstossen hatten. Es bedurfte also keines expliziten Berufsverbotes, um einem Vorbestraften eine Anstellung zu verwehren. Für die Angehörigen galt dies allerdings nicht.

Die Sozialdemokratin und humanitäre Aktivistin Regina Kägi-Fuchsmann, die kurz vor dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges das Schweizerische Arbeiter-Hilfswerk ins Leben gerufen hatte, äusserte sich im Februar 1939 folgendermassen über die Überwachungspraktiken der Polizei:

«Durch polizeiliche Nachfragen über das Verhalten der Rückkehrer, die in Arbeit stehen, werden vielfach Entlassungen verursacht, da die Prinzipale nicht ständig die Polizei im Geschäft haben wollen. Nach der Gefängnisentlassung wird es noch bedeutend schwieriger sein, für die Rückkehrer Arbeit zu finden.»¹³³

Es ist vermutlich übertrieben, hier von Berufsverbot zu reden, obschon sich die Folgen für die entlassenen Spanienfreiwilligen subjektiv kaum von einer systematischen Sperre unterschieden haben dürften. Wenn zudem eine Entlassung als Folge einer polizeilichen Nachfrage verstanden wird, so würde dies den angeblich ausschliesslich «beobachtend-präventiven» Charakter des Staatsschutzes hinterfragen und eine durchaus repressive Funktion erkennen lassen.¹³⁴ Fraglich ist auch, ob diese polizeilichen Nachfragen mehr als individuelle Schikanen verstanden werden sollen denn als Wahrnehmung einer staatsschutzpolizeilichen Aufgabe. Konrad Kuhn beschrieb in einem Aufsatz über drei Bündner Spanienkämpfer den folgenden Fall: Bei W.W., der sich in den 1950er-Jahren im Solothurner Grenchen niedergelassen hatte, setzte die örtliche Polizei indirekt mittels Spitzelwesen seine Logisgeber unter Druck und drohte mit «Logis-Kündigung und Arbeitsplatz-Kündigung», sollte W. weiterhin bei ihnen logieren.¹³⁵

Wenn dennoch nach einem Berufsverbot und nach der diesbezüglichen Verantwortung der Stadtzürcher Behörden gesucht werden soll, so stellt die «schwarze Liste» ein paradigmatisches Ordnungsinstrument dar. Wie kaum in einer anderen Form, lässt sich in der Liste das Machtgefälle zwischen Listenverfassenden und Aufgelisteten erkennen. Eine Liste bezeugt immer auch einen Willen und ein Vermögen, jemanden aufzulisten. «Was auf einer Liste steht, ist *per definitionem* dekontextualisiert, denn nur, was aus seinem Zusammenhang gelöst wurde, lässt sich auf eine Liste setzen», schreibt Sabine Mainberger.¹³⁶ Dies zeigt die Ohnmacht der «Einträge», die sich gegen diese Dekontextualisierung nicht zur Wehr setzen können, und die Willkür der Ersteller. Der Begriff der «schwarzen Liste» insbesondere suggeriert eine Aneinanderreihung von angeblich «gefährlichen Elementen», die etwa in autoritären Systemen liquidiert, interniert oder ausgegrenzt werden sollen.¹³⁷ Doch auch Arbeitgeberorganisationen können Listen von etwa unliebsamen, streikfreudigen Arbeitnehmenden erstellen und sie unter ihren Mitgliederfirmen zirkulieren lassen.¹³⁸ So zum Beispiel verteilte der Zürcher Malermeister-Verband anlässlich des Zürcher Malerstreiks von 1929 eine 7seitige Namensliste mit der Aufforderung, «keinen der Streiker einzustellen und

¹³³ Protokoll zur Vorstandssitzung des Schweiz. Arbeiter-Hilfswerks, 21. Februar 1939, SozArch Ar 20.412.

¹³⁴ Vgl. Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 105f.; Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 19.

¹³⁵ Vgl. Kuhn, Bündner Spanienfreiwillige, S. 14.

¹³⁶ Mainberger, Die Kunst des Aufzählens, S. 18 (Hervorhebung im Original).

¹³⁷ Vgl. Kreibig/Prieto, Die letzte Ordnung?, S. 24f.

¹³⁸ Vgl. die Vorlagen für das Auskunftswesen des Arbeitgeberverbandes, AfZ, IB Arbeitgeberverband, 829 (v) Auskunftswesen (Arbeiterkontrolle).

eingestellte sofort zu entlassen». ¹³⁹ Der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller gab ab den späten 1930er-Jahren jährlich eine Liste von Lehrlingen heraus, die «ihre Stelle vertragswidrig verlassen haben oder wegen vertragswidrigen Verhaltens entlassen worden sind und laut Vorschriften betr. das Lehrlingswesen während zweier Jahre in den Werkstätten der Verbandsmitglieder keine Aufnahme finden sollen». ¹⁴⁰ Noch 1953 publizierte der Schweizerische Maler- und Gipsermeisterverband zuhanden seiner Mitglieder eine «Sperrliste» der an einem Streik in Zürich beteiligten Maler. ¹⁴¹

Solche Verzeichnisse waren also schon vor dem Spanischen Bürgerkrieg keine Seltenheit, doch stellt sich dennoch die Frage, inwiefern seit der frühen Nachkriegszeit eine Schnittstelle zwischen Firmen, Arbeitgeberverbänden und der politischen Polizei zwecks Austauschs von Informationen bestand. Aus dem Bericht der Untersuchungskommission, die als Folge der Fichen-Affäre im Jahre 1990 vom Zürcher Gemeinderat konstituiert wurde, geht hervor, dass Auskünfte an Arbeitgeber durch die politische Polizei der Stadt Zürich (Kriminalkommissariat III – KK III) bloss in «einzelnen Fällen» bearbeitet wurden. ¹⁴² Dies ist allerdings umstritten, zumal die KK III-Mitarbeiter, die 1990/91 der Untersuchungskommission Rede und Antwort standen, unmöglich über die Usancen der späten 1930- bis 1950er-Jahre im Bilde sein konnten. Hinzu kommt, dass auch die kantonalen Behörden in diesen Bereich involviert waren. Bekannt ist der Fall eines (ehemaligen?) PdA-Mitglieds, das 1952 als Bewerber um eine Stelle als Bauführer bei einer Architektengemeinschaft nach Rückfrage beim Nachrichtendienst der Kantonspolizei aus politischen Gründen abgelehnt wurde. ¹⁴³

Eine Geschichte der politischen Polizei der Stadt Zürich würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Ein paar Eckdaten drängen sich dennoch auf. Der nach den Zürcher Novemberunruhen von 1917 ernannte Kommandant der Stadtpolizei, Otto Heusser, hatte 1920 einen Nachrichtendienst ins Leben gerufen. Als Mitglied des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes (SVV), eines Netzwerks aus paramilitärischen rechten Bürgerwehren, ¹⁴⁴ hatte Heusser die Linken jahrelang bespitzelt. Mit dem Wahlsieg der Sozialdemokratie und dem Beginn des «Roten Zürich» 1928 wurde er seines Amtes enthoben. Stadtpräsident Klöti setzte Albert Wiesendanger als neuen Kommandanten der Stadtpolizei ein. ¹⁴⁵ Indessen belieferte Polizei-Wachtmeister Hans Wintsch, der nach Heussers Entlassung als Kanzleichef des neuen Kommandanten diente, ¹⁴⁶ seinen früheren Chef mit Akten, Fichen und Dossiers, die teils der Bundesanwaltschaft zugespielt wurden, teils bei Heusser oder beim SVV verblieben. ¹⁴⁷ Der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs führte zu einer intensiveren, durch den SVV orchestrierten Überwachungs- und Denunziationskampagne. ¹⁴⁸ Erst 1947 kam es zum Eklat, als Wintsch zusammen mit Mitgliedern des SVV verhaftet wurde. Das Bezirksgericht verurteilte ihn ein halbes Jahr später wegen passiver Bestechung und Amtsgeheimnisverletzung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und einer Busse. Heusser wurde freigesprochen.

¹³⁹ Streikerliste, Malerstreik Zürich 1929, Streik 1929, Zürcher Malermeister-Verband.

¹⁴⁰ AfZ, IB ASM-Archiv, 273ff.

¹⁴¹ SozArch KS 331/256a-Z4.

¹⁴² Vgl. Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 232.

¹⁴³ Genossenschaft Stadion Zürich 1951–1953, Polizeikorps des Kantons Zürich, Station Nachrichtendienst, 26. August 1952, StadtAZH VII.107. Vgl. Koller, Von der Kiesgrube zum Pentagon, S. 143.

¹⁴⁴ Vgl. Thüerer, Der Schweizerische Vaterländische Verband 1919–1930/31.

¹⁴⁵ Vgl. Engeler, Grosser Bruder Schweiz, S. 100; Zimmermann, Antikommunisten als Staatsschützer, S. 88.

¹⁴⁶ Vgl. Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 31.

¹⁴⁷ Vgl. Engeler, Grosser Bruder Schweiz, S. 101f.; Zimmermann, Antikommunisten als Staatsschützer, S. 429-431.

¹⁴⁸ Vgl. Zimmermann, Antikommunisten als Staatsschützer, S. 185f., 235f. u. 319f.

Die Aufgabenteilung zwischen dem Nachrichtendienst der Kantonspolizei Zürich und der 1945 in «Kriminalkommissariat III» umbenannten Stadtzürcher Polizeiabteilung sah vor, dass der Staatsschutz der Stadt für die Überwachung in den Quartieren links der Limmat zuständig war, während der Kanton sich der rechtsufrigen annahm.¹⁴⁹ Dies ist insofern interessant, als die meisten ehemaligen Spanienfreiwilligen in den traditionellen westlichen Arbeiterquartieren Aussersihl, Wiedikon, Altstetten, Albisrieden und Industriequartier lebten, also unter die Überwachung durch das KK III fielen.

In der Nachkriegszeit fiel das Augenmerk des Staatsschutzes auf die Mitglieder der PdA und nahestehender Organisationen.¹⁵⁰ Aus dem Bericht der Untersuchungskommission von 1991 geht hervor, dass SP-Leute kaum überwacht oder später aus den Listen gestrichen worden seien.¹⁵¹ In der Tat wurden sehr wohl Sozialdemokrat*innen fichiert oder überwacht; insbesondere jene wie Sandro Pedrolì oder Antonio Quadranti, die keine Berührungspunkte mit Kommunist*innen zeigten.¹⁵² Besonders exponierte Personen wurden ab 1950 auf Anordnung der Bundesanwaltschaft in V-Listen aufgenommen, wobei zwischen «Gefährlichen» und «Verdächtigen» unterschieden wurde.¹⁵³ Diese mussten laufend aktualisiert und bereinigt werden.¹⁵⁴ Zweck dieser V-Listen war es, im Ernstfall die jeweiligen aufgelisteten 'Staatsfeinde' in unterschiedliche Orte in der Stadt zu internieren.¹⁵⁵ Die Existenz dieser Listen war ein offenes Geheimnis. So wurden sie 1962 in einem Artikel der *Neuen Zürcher Zeitung* erwähnt, der sie als «PdA-Liste der Bundesanwaltschaft» bezeichnete.¹⁵⁶

Auffallend ist, dass von den Zürcher Spanienfreiwilligen nur über fünf natürliche Personen – sechs, wenn man Edgar Woog hinzuzählt – Staatsschutzakten des KK III im Stadtarchiv überliefert sind, namentlich über Otto Brunner, W.Hi., Ernst Linggi, Robert Risler und Eduard Ruchti. Andere Spanienfreiwillige werden sporadisch in diesen Dossiers genannt. Ferner gibt es auch ein Dossier über die IG ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer. Dieser relativ karge Bestand kann wohl damit erklärt werden, dass Akten im Verlauf der Jahrzehnte vernichtet wurden. In der Tat wurde durch die Bundesanwaltschaft die Vernichtung von Akten erwogen, falls «sie vom polizeilichen Gesichtspunkt aus gesehen wertlos» würden.¹⁵⁷ Im KK III fand 1984 bis 1986 eine grössere Datensäuberung statt, «mit der zwei Personen während zwei Jahren voll beschäftigt waren».¹⁵⁸ Es ist anzunehmen, dass sich darunter auch Dossiers über ehemalige Spanienfreiwillige befanden.

Otto Brunner ist vermutlich die schillerndste Gestalt unter den Schweizer Spanienfreiwilligen. Sein abenteuerreiches Leben brachte ihn nach Brasilien, als Matrose in die US Navy, als Kommunist in den Zürcher Gemeinderat, dann war er Politikommissar, später Bataillonskommandant in Spanien und danach beinahe Zürcher Regierungsrat.¹⁵⁹ Im September 1940 eröffnete Brunner zusammen mit Jakob Schwarz einen Tabakladen an der Aussersihler Engelstrasse.¹⁶⁰ Bereits vier Tage nach der Eröffnung wurde der Laden überwacht, wie aus einem Rapport ersichtlich wird: «Es ist etwas eigentümlich, dass sich 5

¹⁴⁹ Vgl. Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 31 u. 40.

¹⁵⁰ Vgl. Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 257-268.

¹⁵¹ Vgl. Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 90.

¹⁵² Vgl. Prieto, Zwischen Apologie und Ablehnung, S. 134-151; Prieto, Antifranchismo e protezione dello Stato, S. 44-46.

¹⁵³ Vgl. ebda., S. 88-91.

¹⁵⁴ Vgl. Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 333.

¹⁵⁵ Vgl. Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 89.

¹⁵⁶ Neue Zürcher Zeitung, Nr. 210, 19. Januar 1962.

¹⁵⁷ Kreis, Staatsschutz in der Schweiz, S. 523.

¹⁵⁸ Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 52.

¹⁵⁹ Vgl. Spanienmajor Otto Brunner, in: Der Schweizer Beobachter, Nr. 6, 31. März 1970.

¹⁶⁰ Vgl. Geschäfts-Empfehlung. An alle unsere Freunde, Bekannte und Gönner!, 19. September 1940, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto.

Personen zu gleicher Zeit im Laden des Brunner & Schwarz befinden.»¹⁶¹ In einem Bericht an den Nachrichtendienst der Kantonspolizei Zürich heisst es auch: «Diesem Geschäfte, sowie dem damit verbundenen 'Zustelldienst' wird unsererseits gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden.»¹⁶² Der Stadtzürcher Staatsschutz sollte in der Tat sein Versprechen halten. Bereits am 27. November erfolgte eine Hausdurchsuchung im Auftrag der Bundesanwaltschaft, bei der wenige Broschüren beschlagnahmt wurden.¹⁶³ Ein Jahr später wurde Brunner «beschuldigt, sich der Uebertretung des B[undes].R[at].B[eschlusses] vom 6.8.1940 betr. komm.[unistischer] Tätigkeit, schuldig gemacht zu haben» und darauf verhaftet. Aus dem Verhörprotokoll geht ein Briefwechsel mit W.Hi. hervor, der als «ehemaliger Spanienkämpfer» erkannt wird.¹⁶⁴ Ein anderer Polizei-Rapport, diesmal der 'gewöhnlichen' Stadtpolizei, wurde 1943 anlässlich einer Nichteinhaltung der Wirtschaftsschlussstunde hergestellt. Brunner und seine Frau hatten sich zusammen mit dem Wirtepaar bis spät in der Nacht in einem Wirtshaus aufgehalten. Dem Rapport nach soll Brunner den beiden Polizisten gesagt haben: «Es macht ja nüt, ihr tüend ja euri Pflicht, aber bis imene Jahr isch e anderi Staatsornig da.»¹⁶⁵ Sowohl das nächtliche Beisammensein als auch die Bemerkung sind vermutlich mit der anstehenden Niederlage Nazi-Deutschlands bei Stalingrad zu sehen. Für den Rapporteur war dies Grund genug, um eine Meldung an das «Polizeiinspektorat z. Hd. Büro HF»,¹⁶⁶ wie das KK III *ante litteram* hiess,¹⁶⁷ zu machen. Aus einer banalen Nachtruhestörung wurde also eine politische Angelegenheit.

Das Dossier über Otto Brunner beinhaltet auch zahlreiche Zeitungsausschnitte; darunter sowohl kritische als auch ihm wohlgesonnene. Seine Stellung als ehemaliger Spanienkämpfer spielte aber nur noch eine marginale Rolle. Anlässlich seiner Beisetzung am 21. Februar 1973 in der Friedhofskapelle Manegg wurde sein Spanieneinsatz von seinem Waffenbruder Josef Inauen gewürdigt. Unter der «ansehnliche[n] Menschenmenge» war auch Edgar Woog,¹⁶⁸ der Monate später ebenfalls verstarb. Wie kein anderer Zürcher Spanienkämpfer wurde Brunner einer strikten politischen Kontrolle unterzogen. Bereits 1941 war er vom Territorial-Kommando 6 «wegen seiner kommunistischen Einstellung und Tätigkeit, auf der Liste A der polit. gefährlichen Schweizer gesetzt» worden.¹⁶⁹

Zusammen mit Brunner hatte Ernst Linggi, genannt «Johnny», die Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer ins Leben gerufen. Bereits am 6. Januar 1939, anlässlich einer im Volkshaus abgehaltenen Amnestie- und Begrüssungs-Kundgebung für die heimgekehrten Spanienfreiwilligen, die von der politischen Polizei akribisch protokolliert wurde, tauchte Linggi als einer von mehreren Redner*innen auf. Darunter befanden sich auch die Pflegerin A.B. und Otto Brunner, die über ihre persönlichen Erlebnisse in Spanien

¹⁶¹ Betrifft: KP, Engelstrasse 61, Zürich, 23. September 1940, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto.

¹⁶² An den Nachrichtendienst, Zürich, 7. Oktober 1940, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto.

¹⁶³ Vgl. Das Polizei-Inspektorat Zürich, Betrifft: Hausdurchsuchung im Auftrag der Schweiz. Bundesanwaltschaft in Bern, Zürich, 27. November 1940, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto.

¹⁶⁴ Zu dem beschlagnahmten Material, Anhang zu: Brunner, Otto (vorverhört), Zürich, 11. November 1941, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto.

¹⁶⁵ Stadtpolizei Zürich, Kreis 4, Polizei-Rapport vom 23. Januar 1943, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto.

¹⁶⁶ Ebda, S. 3.

¹⁶⁷ Vgl. Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 29-31.

¹⁶⁸ Aktennotiz, Betrifft: Abdankungsfeier für Brunner, Otto, Zürich, 22. Februar 1973, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto.

¹⁶⁹ Ter. Kdo. 6. An das Polizei-Inspektorat Zürich, T.H.Q., 21. April 1941, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Brunner-Schilling, Otto (Hervorhebung im Original).

berichteten.¹⁷⁰ Auch A.W. trug vor, der als Sanitäter gedient hatte. A.W. wurde 1942 wegen fremden Kriegsdienstes zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.¹⁷¹ In einem Spezialrapport der Kantonspolizei Zürich an das Divisionsgericht 6 werden seine zahlreichen Vorstrafen aufgelistet. Seine Logisgeberin nannte ihn «ein[en] haltlos[en] Psychopath[en], der eigentlich versorgt werden sollte». Besonders schockierend ist der antisemitische Ton des Rapports: «Die grosse Zahl von Strafuntersuchungen zeigt deutlich genug den verbrecherischen Charakter dieses durch die 'berühmte' Gemeinde Stallikon eingebürgerten Juden.»¹⁷² Vor seinem Einsatz in Spanien hatte er versucht, sich eine Existenz als Dichter aufzubauen, und sich an den Schriftsteller Robert Faesi mit Gedichtproben gewandt, der sie abschlägig kommentierte: «[I]ch glaube nicht, dass Sie mit diesen Versen, so wie sie sind, besonderes Glück haben werden».¹⁷³ A.W. sollte aber mit etwas anderem durchaus Glück haben. Das von ihm betriebene Buchantiquariat und die Kunstgalerie ABC in Winterthur sollte in den 1950er- und 1960er-Jahren zu einem wichtigen Treffpunkt für Künstler*innen und Literat*innen der Töss-Stadt und darüber hinaus werden.¹⁷⁴

Die politische Polizei schreckte auch nicht davor zurück, über das intime Leben von beobachteten Personen zu berichten, konkret über das Verhältnis zwischen M.W., einer «extreme[n] und sehr aktive[n] Kommunistin» und Linggi.¹⁷⁵ Wegen «Gefährdung der innern u. äussern Sicherheit der Eidgenossenschaft» wurde 1944 eine Postsperre über Linggi verhängt.¹⁷⁶ 1945 trat er als Mitglied bzw. «verantwortlicher Vertreter» der Vereinigung «Freies Spanien» in Erscheinung und wurde «der bekannte Spanienfahrer» genannt.¹⁷⁷ Anlässlich einer Filmvorführung im Folgejahr referierte Linggi über die PdA und verteidigte sie gegen die Angriffe durch den Freisinn und den Landesring der Unabhängigen mit einem Hinweis auf das Engagement in Spanien durch die Arbeiter. Auch Otto Brunner wohnte diesem Anlass bei.¹⁷⁸ Am 14. April 1950 feierte die IG ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer den 19. Jahrestag der Spanischen Republik. Die Feier wurde von Linggi organisiert. Die Filmvorführung besorgte der SP-Mann Robert Risler. Der Bericht des KK III endet mit der Bemerkung: «Unter den Teilnehmer befanden sich nebst jüngern und ältern Kommunisten auch mehrere Sozialdemokraten.»¹⁷⁹ 1951 musste das Polizeirichteramt ein Verfahren gegen Linggi wegen Teilnahme an einem nicht bewilligten Umzug vor dem Spanischen Generalkonsulat einstellen. Nichtsdestoweniger wurden ihm die Verfahrenskosten auferlegt, «da er die Durchführung desselben durch sein verwerfliches Verhalten immerhin selbst verschuldet hat[te]».¹⁸⁰

¹⁷⁰ Vgl. Das Polizeiinspektorat Zürich, An die Schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern, Zürich, 7. Januar 1939, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Linggi, Ernst August.

¹⁷¹ Vgl. Huber/Hug, Biografisches Handbuch, S. 412f.

¹⁷² Polizeikorps des Kantons Zürich, Spezialrapport, Zürich, 9. Februar 1939, BAR E5330-01#1975/95#1354.

¹⁷³ Brief Robert Faesis an [A.W.], Zollikon, 17. Juli 1936, ZBZ Nachl. R. Faesi, 260.1.

¹⁷⁴ Vgl. Herrmann, Alte Bücher, neue Kunst.

¹⁷⁵ Das Polizei-Inspektorat in Zürich an die Schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern, Zürich, 12. Februar 1940, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Linggi, Ernst August.

¹⁷⁶ An das Polizei-Inspektorat, Zürich, 25. April 1944, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Linggi, Ernst August.

¹⁷⁷ An das Kriminal-Kommissariat, Zürich, den 28. Juli 1945, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Linggi, Ernst August.

¹⁷⁸ Vgl. An das Kriminal-Kommissariat, Zürich, den 22. März 1946, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Linggi, Ernst August.

¹⁷⁹ Vgl. An das Kriminal-Kommissariat, Zürich, den 15. April 1950, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Linggi, Ernst August.

¹⁸⁰ Polizeirichteramt der Stadt Zürich, Einstellungs-Verfügung Nr. 16282, Zürich, 29. Juni 1951, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 1. Personendossiers, Linggi, Ernst August.

Als wichtiger Exponent der Interessengemeinschaft geriet Linggi auch später, durch die Überwachung dieser Organisation, immer wieder ins Visier des Staatsschutzes. Auch in den 1960er-Jahren nahm die Kontrolltätigkeit des KK III nicht ab. Die Tagungen und Jubiläumsfeiern der Interessengemeinschaft wurden stets überwacht, protokolliert und an weitere Stellen rapportiert.¹⁸¹ Auffallend sind auch die zahlreichen Abhörprotokolle aus jener Zeit von Linggis und Brunners Telefonkontrollen.¹⁸² Dass die Beziehung zwischen der Interessengemeinschaft und der PdA Mitte der 1960er-Jahre wieder aufgetaut war, dürfte die Einladung des Parteisekretärs Jakob Lechleiter (genannt Tomy) an der Zusammenkunft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer vom 19. und 20. November 1966 in Zürich zeigen. An der Feier nahmen u.a. auch A.W. und R.S. teil.¹⁸³ In den Staatsschutzakten tauchen vor allem Namenslisten von Teilnehmenden an Treffen der Interessengemeinschaft auf. Jenseits einer blossen Feststellung oder Meldung lässt sich bei solchen Aufstellungen keine deutliche repressive Absicht erkennen. In einem Fall wurde eine Liste von Spanienfreiwilligen *ad hoc* erstellt: In einem Bericht des Polizeikommandos Schaffhausen an die Schweizerische Bundesanwaltschaft werden aus Max Wullschlegers Buch *Schweizer kämpfen in Spanien* 27 aus Spanien Zurückgekehrte aufgelistet, darunter auch Linggi und Eduard Ruchti.¹⁸⁴ Auch in diesem Fall ist der Zweck dieser Liste nicht ersichtlich.

Das Dossier «Verdächtigen-Listen; "Gefährliche" und "Verdächtige" mit Kurzberichten; Lister-Album» der Bundesanwaltschaft enthält ein im Taschenformat angefertigtes Fotoalbum von «Extremisten» aus dem Jahre 1966. Darin befinden sich u.a., unter Angabe von Geburtsdatum, Heimat- und Wohnort, die Porträtfotos von Edgar Woog und seiner Frau Lydia. Ebenfalls vorhanden sind zwei weitere, nicht in Zürich wohnhafte, ehemalige Spanienkämpfer, wobei jeglicher Hinweis auf eine solche Kategorisierung fehlt. Weder Brunner noch Linggi tauchen in diesem Fotoalbum auf.¹⁸⁵

Zehn Jahre später wurde eine Gedenktafel für die gefallenen Schweizer Spanienkämpfer an der Fassade des Volkshauses enthüllt. Als Redner intervenierten am 2. Oktober 1976 Stadtrat Jürg Kaufmann¹⁸⁶ im Namen der Stadtexekutive, Nationalrat, SGB- und GBH-Präsident Ezio Canonica sowie Stadtrat und Nationalrat Rudolf Welter (alle SP). Der KK III-Rapport fasste die Rede des Stadtrates zusammen. Linggi «betonte in seiner Ansprache, dass die Erinnerungstafel ein 'Mahnmal' für die Lebenden darstellen soll – sich zum Kampf gegen Faschismus zu vereinigen, auch wenn er in der Schweiz gegenwärtig nur im Mantel von Rezession und Berufsverboten vorkomme.»¹⁸⁷

Auch die Karteieinträge über Eduard Ruchti, den Kassier der Interessengemeinschaft, zeigen wichtige Erkenntnisse. So zum Beispiel lautet schon der erste Eintrag *tout court* «Spanienkämpfer». Noch interessanter ist aber der Hinweis auf eine «Hängemappe» oder

¹⁸¹ Vgl. Telex des Nachrichtendienstes der Kantonspolizei Zürich an Schweizerische Bundesanwaltschaft in Bern u.a., Zürich, 17. November 1966, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 2 (1964-1989), (0)37/181 Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer.

¹⁸² Vgl. die Akten in den Dossiers «Linksozialisten / Ehem. schweiz. Spanienkämpfer, Mitglieder», BAR E4320C#1995/390#1061*; BAR E4320#1995/390#1062*.

¹⁸³ Nachrichtendienst der Kantonspolizei Zürich, Betrifft: Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer, Zürich, 2. Dezember 1966, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 2 (1964-1989), (0)37/181 Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer.

¹⁸⁴ Bericht Bericht des Polizeikommandos Schaffhausen, Politische Abteilung, Gfr. Hofer, An das Kant. Polizei-Kommando Schaffhausen, 15. August 1966, BAR E4320C#1995/390#1061*.

¹⁸⁵ Vgl. Vertraulich, Fotoalbum Extremisten, Stand 20. Jan. 1966, BAR E4800.7#1995/20#39*.

¹⁸⁶ Kaufmann war der Stadtrat mit den meisten Fichen-Einträgen. Vgl. Staatsschutz der Stadt Zürich, S. 105.

¹⁸⁷ Stadtpolizei Zürich, Kriminalkommissariat III, an die Schweizerische Bundesanwaltschaft, Zürich, 7. Oktober 1976, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 2 (1964-1989), (0)37/181 Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer (Hervorhebung im Original).

bloss «Mappe» (1953) mit der Überschrift «Spanienkämpfer».¹⁸⁸ Obschon ebendiese Mappe nicht gefunden werden konnte, kann davon ausgegangen werden, dass die Spanienfreiwilligen als Kollektiv eine Besonderheit darstellten, dass es also als notwendig betrachtet wurde, ihnen einen Sonderstatus zu verleihen. Welche konkreten staatsschutzpolizeilichen Massnahmen mit dieser Kategorisierung verbunden waren, konnte nicht ermittelt werden.

Seit den 1960er-Jahren wurde der Tonfall der Kommentare in den Dossiers des Stadtzürcher Staatsschutzes weniger wertend und sachlicher. Nichtsdestoweniger bestand das polizeiliche Interesse für dieses politische Milieu bis Mitte der 1980er-Jahre.¹⁸⁹

Die politische Polizei der Stadt Zürich sammelte ein Korpus von Fichen, Rapporten und Berichten über die Spanienfreiwilligen und ihre Tätigkeit. Dadurch produzierte sie ein Dispositiv, dass zwecks Diskriminierung zur Anwendung hätte kommen können. Indessen bestätigt sich der präventive Charakter der intensiven Informationssammlung. Nachweise für eine aktive Diskriminierung oder für eine Schnittstelle zwischen Staatsschutz und Privatwirtschaft wurden in den begutachteten Quellen nicht gefunden. Interne Weisungen über bestimmte diskriminierende Handlungen oder ein Austausch mit Stellen ausserhalb des Staatsapparates lassen sich aus den überlieferten Akten nicht rekonstruieren.

6. Fazit und Ausblick

Die späteren Lebenswege der Spanienfreiwilligen unterschieden sich stark voneinander. Während R.S. und H.A. ihren Lebensabend in Spanien verbrachten, entschieden sich manche für eine selbständige Erwerbstätigkeit; einige wurden zu Sozialfällen. Erfolgreicher waren Hans Hutter mit achtzig Mitarbeitern in seiner Autowerkstatt oder Ernst Stauffer, der es bis zum Grossrat des Kantons Bern schaffte.¹⁹⁰ Paul Tross, Nachfolger von Linggi als Vorsitzender der Interessengemeinschaft, fand schliesslich eine gute Anstellung.¹⁹¹ Ihre Selbstwahrnehmung als Opfer eines Staates, der sie unfair behandelt, gilt noch heute als dominantes Narrativ.

Die Stadt Zürich mit ihren Institutionen für die soziale Wohlfahrt nahm sich der zurückgekehrten Spanienfreiwilligen und auch ihrer zurückgelassenen Familien an und unterstützte sie bei Bedarf auch über längere Zeit. Eine materielle Diskriminierung in diesem Falle lässt sich nicht erkennen, selbst wenn der behördliche Tonfall eine feindselige und diskreditierende Einstellung durchblicken lässt.

Im Falle der politischen Polizei und ihrer regen Überwachungsaktivität lässt sich kein eindeutiges Fazit ziehen. Die untersuchten Quellen lassen zwar deutlich erkennen, dass die Spanienfreiwilligen – die wenigen, über welche polizeiliche Akten überliefert wurden – als eine unterschwellige Gefahr für die innere Sicherheit des Landes betrachtet wurden. Die präventive Praxis des Kriminalkommissariats III kann allerdings, soweit es die überlieferten Quellen verraten, als ein Überwachen ohne Strafen zusammengefasst werden.

¹⁸⁸ Vgl. Karten-Einträge vor 15.9.1964, Ruchti, Eduard, StadtAZH V.E.c.63. Stadtpolizei, Kriminalkommissariat KK III. Staatsschutzakten Registratur 2. Dossier (0)913/85/.0/176 Eduard Ruchti, 1964–1967, 1978.

¹⁸⁹ Vgl. Rapport des KK III an die Schweizerische Bundesanwaltschaft, Betrifft: Gedenk- und Solidaritätsfeier aus Anlass des 50. Jahrestages des spanischen Bürgerkrieges, Zürich, 2. Juli 1986, StadtAZH V.E.c.63.: Registratur 2 (1964-1989), (0)37/181 Interessengemeinschaft ehemaliger schweizersicher Spanienkämpfer.

¹⁹⁰ Vgl. Stauffer, Spanienkämpfer, S. 5.

¹⁹¹ Vgl. Interview mit Miguel Soto Reverté vom 10. Juli 2023.

Etwas leichtfertig liesse sich der Schluss ziehen, dass die polizeilichen Schikanen, die zur Entlassung ehemaliger Spanienfreiwilliger geführt hätten – wie sie etwa Regina Kägi-Fuchsmann beschreibt – einen absurden Antagonismus zwischen zwei städtischen Behörden ans Tageslicht bringen. Diese Arbeitslosen würden sich dann eventuell beim Fürsorgeamt melden, eine Unterstützung beantragen und der Stadtkasse zur Last fallen. In Wirklichkeit galt die Loyalität des Staatsschutz-Personals nicht unbedingt dem Stadtrat; erst recht nicht in jenen Jahren, als die politische Polizei von Anhängern des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes durchsetzt war. Von einem Antagonismus dürfte man ausgehen, aber nicht von dessen Absurdität.

Die Quellenlage in Bezug auf die Sozialen Dienste der Stadt Zürich erlaubte eine engmaschige Sichtung. Eine etwaige systematische Suche von nach 1945 nach Zürich zugezogenen Spanienfreiwilligen erscheint unter diesem Aspekt nicht notwendig. Es ist unwahrscheinlich, dass eine nachträgliche Diskriminierung stattfand. Hingegen konnten andere Quellenbestände nicht in Betracht gezogen werden. Von den Personalakten der Verkehrsbetriebe Zürich VBZ – wo ein ehemaliger Spanienfreiwilliger angestellt war – wurden nur die Akten der Dienstchefs überliefert. Auch eine Suche im Archivbestand des Arbeitsamtes gestaltete sich äusserst schwierig, zumal diese Bestände nicht stufenweise erfasst sind, was eine Suche nach Namen verunmöglicht.

In der Absicht, dem Vorwurf der beruflichen Diskriminierung genauer nachzugehen, empfiehlt es sich, die Recherche auf weitere Ebenen auszuweiten, also auf die Bundesebene (Bundesanwaltschaft, Bundespolizei), Kantonsebene (Nachrichtendienst der Kantonspolizei Zürichs und anderer Stände) und auf nicht-staatliche Akteure (zum Beispiel der SVV oder der Schweizerische Aufklärungsdienst SAD). Für die Erforschung der vermuteten Schnittstelle zwischen polizeilicher Überwachung und angeblichem Berufsverbot wäre eine Zusammenarbeit mit Firmen, die Spanienfreiwillige beschäftigt haben, Arbeitgeberorganisationen und beruflichen Dachverbänden sinnvoll. Die Praxis während dieser Vorrecherche hat gezeigt, dass nur sehr selten seitens solcher Organisationen eine Bereitschaft besteht, Zugang zu ihren Archiven zu gewähren. Fraglich ist zudem, ob gegebenenfalls die entsprechenden Akten noch vorhanden sind oder eventuelle Diskriminierungspraktiken überhaupt verschriftlicht wurden.

Ein weiterer Zugang könnte über die Involvierung von Nachkommen von Spanienfreiwilligen und die Auswertung von Privatnachlässen eröffnet werden. Dazu wäre ein Aufruf nötig. Umso interessanter wäre es, zu ermitteln, inwiefern auch die Kinder (und Enkelkinder) der gefallenen Spanienfreiwilligen – die also aus selbstverständlichen Gründen von den Divisionsgerichten nicht bestraft wurden – einer Form von «Sippenhaft» unterzogen worden.

Entgegen der ursprünglichen Erwartung, auch die (wenigen) Frauen unter den Zürcher Freiwilligen gebührend zu berücksichtigen, ist festzustellen, dass diese aufgrund ihrer untergeordneten, nicht-emanzipierten Stellung in der Schweizer Gesellschaft jener Jahre auch bürokratisch betrachtet unter die Obhut ihrer Männer kamen und daher als Akteurinnen in den Akten eher in den Hintergrund geraten. Dabei wäre der Blick auf diese Frauen umso interessanter, als sie als von den Militärgerichten verschonte Spanienfreiwillige eine Grauzone bilden, die bisher kaum erforscht worden ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine weitere, intensivere Recherche mit spezifischem Schwerpunkt auf die Frage nach der Schnittstelle zwischen politischer Überwachung in der Stadt Zürich und angeblichem 'Berufsverbot' notwendig wäre, obschon die dafür in Frage kommenden Quellen vornehmlich im Bundesarchiv und im Staatsarchiv des Kantons Zürich zu finden wären.

7. Bibliografie

Quellen

Ungedruckte Quellen

Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich

- FD KZ-Häftlinge / 741.
- IB Arbeitgeberverband, 829 (v), 819 (v), 820 (v), 821 (v), 822 (v), 824 (v), 826 (v), 827 (v).
- IB ASM-Archiv / 273, 275-295.

Schweizerisches Bundesarchiv

- E2001D#1000/1551#4302*.
- E2001D#1000/1551#4329*.
- E2200.58-02#1968/168#428*.
- E3120B#1994/168#98*.
- E4264#1988/2#14270*.
- E4264#1988/2#3775*.
- E4320B#1971/78#723*.
- E4320B#1975/40#366*.
- E4320C#1995/390#1061*.
- E4320C#1995/390#1062*.
- E4324A#1991/114#453*.
- E4800.7#1995/20#39*.
- E5330-01#1000/894#17540*.
- E5330-01#1000/894#18005*.
- E5330-01#1975/95#1354*.
- E5330-01#1975/95#15069*.

gta-Archiv der ETH Zürich

- 43-K-1947-07-19.

Schweizerischer Maler- und Gipserunternehmer-Verband

Schweizerisches Sozialarchiv

- Arbeiterunion Zürich, Gewerkschaftskartell Zürich, GBZ, Ar 2.20.18-21, Ar 2.30.10, Ar 2.50.12, Ar 2.70.17.
- Arbeitskonflikte & Streiks in der Schweiz, KS 331/256a.
- Braunschweig, Hansjörg, Ar 146.57.1.
- Brupbacher, Fritz, Ar 101.30.5.
- Dokumentation Hans Felix Pfenninger, Ar 633.10.3, Ar 633.10.4, Ar 633.20.2, Ar 633.10.2, Ar 633.10.1, Ar 633.20.1.
- Iseli, Gottlieb Enrique, Ar 198.31.1.
- Partei der Arbeit des Kantons Zürich, Ar 458.50.3, Ar 458.80.16.
- Risler, Robert, Ar 151.10.1, Ar 151.10.2, Ar 151.11.2, Ar 151.11.3, Ar 151.11.4, Ar 151.11.5.

- Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste, Ar 39.30.7.
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH, Ar 20.202, Ar 20.203, Ar 20.204, Ar 20.412.
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Ar 1.280.3, 1.270.3.
- Spanischer Bürgerkrieg: Allgemeines, KS 335/71:13.
- Woog, Edgar, Ar 140.40.1, Ar 140.40.2, Ar 140.30.2.

Staatsarchiv des Kantons Zürich

- Z 492.722.
- Z 995.415.6.

Stadtarchiv Zürich

- Fremdenpolizei. Akten (Signatur V.E.c.45.).
- Stadtpolizei, Kriminalkommissariat KK III. Staatsschutzakten Registratur 1 und 2 (Signatur V.E.c.63.).
- Soziale Dienste. Personendossiers der Wirtschaftlichen Sozialhilfe (früher Fürsorgeamt), Serien I und II Abhörbogen (V.J.c.13.: Serie I. Abhörbogen, V.J.c.13.: Serie II. Abhörbogen), Serien II, IIa und V.
- Einwohner- und Fremdenkontrolle. Meldekarten, Serie 1934-1964 (Signatur V.E.c.100.:4.).

Zentralbibliothek Zürich, Handschriftenabteilung

- IG ehem. Schweizerischer Spanienkämpfer (SGA), Ar. 211.1-5, 8, 9, 15, 34.
- Ärztegesellschaft des Kantons Zürich, MsZ VII 356, Ms Z VII 366 / 1 A-Sch, Ms Z VII 366a, Ms Z VII 366b, Ms Z VII 366c, (Ms Z VII 349).
- NL R. Faesi, 260.1.

Zivilstandsamt der Region Maloja, St. Moritz

Zürcher Malermeister-Verband

Gedruckte Quellen

Hutter, Hans: Spanien im Herzen. Ein Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg, Zürich 1996.

Jahresbericht des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerkes pro 1939.

Pfenninger, Hans Felix: Die Bekämpfung der Spanienfahrerei. Ein Neutralitätskonflikt zwischen den beiden Weltkriegen, in: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht 61 (1946), S. 55-81.

Staatsschutz der Stadt Zürich. Bericht der Untersuchungskommission an den Gemeinderat von Zürich, Zürich 1991.

Stauffer, Ernst: Spanienkämpfer. Erinnerungen eines Freiwilligen aus dem spanischen Bürgerkrieg 1936–1938, Biel 1986.

Universität (Rekurs), 13. Oktober 1938, StAZH MM 3.57 RRB 1938/2601.

Verordnung über die Amts- und Dienstverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Zürich (Personalrecht), vom 5. Oktober 1927, in: Beschlüsse und Verordnungen von Behörden der Stadt Zürich, Amtliche Sammlung, Bd. XVI, Zürich 1928, S. 303-357.

Zschokke, Helmut: Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg, Zürich 1976.

Audiovisuelle Quellen

Dindo, Richard: Schweizer im spanischen Bürgerkrieg (Schweiz, 1974).

Calvo Salgado, Luís M./Koller, Christian: Hans Hutter – ein Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg (Schweiz, 2006).

Mündliche Quellen

Interview mit Christine Seidler, Zürich, 12. April 2023.

Interview mit Kurt Gasser, Zürich, 14. Juni 2023.

Interview mit Romy Günthart, Zürich, 27. Juni 2023.

Interview mit André Herrmann und Markus Hutter, Oberwinterthur, 4. Juli 2023.

Interview mit Miguel Soto Reverté, Zürich, 10. Juli 2023.

Interview mit Jeannette Linggi, Zürich, 2. Oktober 2023.

Online-Datenbanken

E-NewspaperArchives der Schweizerischen Nationalbibliothek, <https://www.e-newspaperarchives.ch/>

Historisches Lexikon der Schweiz, <https://hls-dhs-dss.ch/de/>

Darstellungen

Batou, Jean/Prezioso, Stéfanie/Rapin, Ami-Jacques: Regards suisses sur la guerre civile d'Espagne (1936–1996). Traumatisme, refoulement et éveil de la curiosité, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 47/1 (1997), S. 27-45, <https://doi.org/10.5169/seals-81173>.

Baumann, Gino: Schweizer im spanischen Bürgerkrieg, Aarau 1989.

Bavaud, Pierre/Béguin, Jean-Marc: Les oubliés. Trois Suisses de la guerre d'Espagne, Yens sur Morges 1998.

Bebbington, D. W.: The Oxford Group Movement between the Wars, in: Studies in Church History, 23 (1986), S. 495-507.

Beutler, Nicole/Heller, Andreas: «Wir kämpfen mit!» Ausländische Frauen im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, unveröffentl. Lizentiatsarbeit, Universität Bern, 1999.

Bürgi, Markus: Lüchinger, Adolf, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 16.07.2008. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/023020/2008-07-16/>, konsultiert am 07.08.2023.

Bürgi, Markus: Woog, Edgar, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 22.02.2021. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/006763/2021-02-22/>, konsultiert am 16.08.2023.

Buomberger, Thomas: Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christopher Blocher, Zürich 2004.

Cerutti, Mauro: La politique de la Suisse officielle face à la guerre civile espagnole, in: Ders./Sébastien Guex/Peter Huber (Hg.): La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936–1946), Lausanne 2001, S. 33-54.

Cerutti, Mauro: Pas d'amnistie pour les brigadistes. La Suisse et le débat sur l'amnistie en faveur des volontaires de la guerre d'Espagne: 1939–2002..., in: *Traverse* 10/1 (2003), S. 107-123, <https://doi.org/10.5169/seals-23621>.

Collado Seidel, Carlos: Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, München 2006.

Drews, Isabel: «Schweizer erwache!» Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978) (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 7), Frauenfeld 2005.

Engeler, Urs Paul: Grosser Bruder Schweiz. Wie aus wilden Demokraten überwachte Bürger wurden. Geschichte der Politischen Polizei, Zürich 1990.

Farré, Sébastien: La Suisse et l'Espagne de Franco. De la guerre civile à la mort du dictateur (1936–1975). Lausanne 2006.

Gasser, Kurt: Schweizer Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, unveröffentl. Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, 1971.

Günthart, Romy/Günthart, Erich: Spanische Eröffnung 1936. Rotes Zürich, deutsche Emigranten und der Kampf gegen Franco, Zürich 2017.

Haener Daniel: Die Anerkennung der Franco-Regierung durch die Schweiz im Spanischen Bürgerkrieg, unveröffentl. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, 1982.

Herrmann, Hans: Alte Bücher, neue Kunst und Gespräche über Gott und die Welt, in: *Winterthurer Jahrbuch* 2000, S. 12-17.

Huber, Peter: Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz 1918–1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft, Zürich 1986.

Huber, Peter: Schweizer Spanienkämpfer in den Fängen des NKWD, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 44/1 (1991), S. 335-353, <https://doi.org/10.5169/seals-81066>.

Huber, Peter, in Zusammenarbeit mit Ralph Hug: Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Handbuch, Zürich 2009.

Huber, Peter/Zaugg, Franziska Anna: Schweizer Kriegsfreiwillige auf Seiten von General Francisco Franco (1936–1939), Bern 2021.

Hug, Ralph: Schweizer in Francos Diensten. Die Francofreiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 61/2 (2011), S. 189-207, <https://doi.org/10.5169/seals-170290>.

Hug, Ralph: Schweizer unter Franco. Eidgenössische Diplomatie und die vergessenen Opfer der Franco-Diktatur 1936–1947, Zürich 2013.

Kindlimann, Adrian: Dokumentation Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg (Militärgeschichte zum Anfassen, Bd. 18), Au 2004.

Koller, Christian: Fremder Kriegsdienst als biographische Krise? Memoiren von schweizerischen Fremdenlegionären und Spanienkämpfern im Vergleich, in: Michael

Epkenhans/Stig Förster/Karen Hagemann (Hg.): Militärische Erinnerungskultur. Soldaten im Spiegel von Biographien, Memoiren und Selbstzeugnissen (Krieg in der Geschichte, Bd. 29), Paderborn 2006. S. 169-187.

Koller, Christian: Von der Kiesgrube zum Pentagon. Stadionbauten und -nichtbauten in Zürich zwischen sportlichen Rivalitäten, Kommunalpolitik und Urbanitätsdiskursen, in: Ders. (Hg.): Sport als städtisches Ereignis (Stadt in der Geschichte, Bd. 33), Ostfildern 2008, S. 131-153.

Koller, Christian: Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950) (Österreichische Kulturforschung, Bd. 9), Münster/Wien 2009.

Koller, Christian: Vor 80 Jahren: Der Spanische Bürgerkrieg und die Schweiz, in: SozialarchivInfo 1 (2017), S. 6-18, <https://www.sozialarchiv.ch/2017/02/28/vor-80-jahren-der-spanische-buergerkrieg-und-die-schweiz/>.

Koller, Christian: Vor 85 Jahren: Die «Wahlschlacht» um «Gross-Zürich», in: SozialarchivInfo 6 (2017), S. 9-22, <https://www.sozialarchiv.ch/2018/01/09/vor-85-jahren-die-wahlschlacht-um-gross-zuerich/>.

Koller, Christian: Vor 70 Jahren: Der Fall Woog, in: SozialarchivInfo 4 (2020), S. 17-27, <https://www.sozialarchiv.ch/2020/09/25/vor-70-jahren-der-fall-woog/>.

König, Mario/Kurz, Daniel/Suter, Eva: Klassenkämpfe, Krisen und ein neuer Konsens – Der Kanton Zürich 1918–1945, in: Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 3, Zürich 1997, S. 250-349.

Kreibig, Nina/Prieto, Moisés: Die letzte Ordnung?, in: Nina Kreibig/Thomas Macho/Moisés Prieto (Hg.): Ordnungen des Todes. Von Listen, Statistiken und Dunkelziffern (Tod und Agency. Interdisziplinäre Studien zum Lebensende, Bd. 1), Bielefeld 2023, S. 15-39, <https://doi.org/10.14361/9783839464007-003>.

Kreis, Georg (Hg.): Staatsschutz in der Schweiz. Die Entwicklung 1935–1990, Bern 1993.

Kuhn, Konrad J.: In Spanien auch für die schweizerische Demokratie gekämpft: Bündner Spanienfreiwillige zwischen Krieg und Ideologie 1930–1960, in: Bündner Monatsblatt – Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur 1 (2010), S. 3-26.

Lindig, Steffen: «Der Entscheid fällt an den Urnen». Sozialdemokratie und Arbeiter im Roten Zürich 1928 bis 1938, Zürich 1979.

Lugschitz, Renée: Spanienkämpferinnen. Ausländische Frauen im Spanischen Bürgerkrieg, 1936–1939, Wien 2012.

Mainberger, Sabine: Die Kunst des Aufzählens. Elemente zu einer Poetik des Enumerativen (Quellen und Forschungen zur Literatur- und Kulturgeschichte, Bd. 22), Berlin 2003.

Meier, Oliver: Amnestie für Schweizer Spanienkämpfer? Dramaturgie einer vergessenen Debatte (1937–1939), unveröffentl. Lizentiatsarbeit, Universität Fribourg, 2007.

Meyer, Helmut: Hans Mühlestein (1887–1969). Leben und Werk eines Aussenseiters, Zürich 2017.

Oertle, Vincenz: «Sollte ich aus Rußland nicht zurückkehren...» Schweizer Freiwillige an deutscher Seite 1939–1945. Eine Quellensuche, Zürich 1997.

Onori, Hanspeter: Schweizer Mitbeteiligte am Spanischen Bürgerkrieg aus der Sicht ihrer Prozesse, unveröffentl. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, 1978.

Prieto, Moisés: Antifranquismo e protezione dello Stato in Svizzera, in: Spagna Contemporanea 39 (2011), S. 31-49, <https://doi.org/10.5167/uzh-61610>.

Prieto, Moisés: Zwischen Apologie und Ablehnung. Schweizer Spanien-Wahrnehmung vom späten Franco-Regime bis zur Demokratisierung (1969–1982) (Zürcher Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 6), Köln 2015, <https://doi.org/10.7788/9783412502577>.

Prieto, Moisés: Unerhörte Appelle. Moral-Diskurs am Beispiel der spanisch-schweizerischen Waffenausfuhr und des Spanien-Tourismus, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 66/1 (2016), S. 49-79, <https://doi.org/10.5169/seals-587352>.

Prieto, Moisés: Companys i Jover, Lluís, in: Kurt Groenewold/Alexander Ignor/Arnd Koch (Hg.): Lexikon der Politischen Strafprozesse (2019), <https://www.lexikon-der-politischen-strafprozesse.de/glossar/companys-lluis-i-jover/>.

Prieto, Moisés: Erasing the fear from the eyes. A Micro-Narrative on Emotions in Spanish Migration to Cold-War Switzerland, in: Emotions. History, Culture, Society 4/2 (2020), S. 252-278, <https://doi.org/10.1163/2208522X-02010095>.

Rauber, André: L'anticommunisme en Suisse, une quasi-doctrine d'Etat, entre phobie et manipulation de la légalité, in: Michel Caillat/Mauro Cerutti/Jean-François Fayet/Stéphanie Roulin (Hg.): Geschichte(n) des Antikommunismus in der Schweiz, Zürich 2009, S. 183-193.

Schmidlin, Antonia: Eine andere Schweiz. Helferinnen, Kriegskinder und humanitäre Politik 1933–1942, Zürich 1999.

Spieß, Heiner (Hg.): «... dass Friede und Glück Europas vom Sieg der spanischen Republik abhängt». Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg, Zürich 1986.

Studer, Brigitte: Un Parti sous Influence. Le Parti Communiste Suisse, une Section du Komintern 1931 à 1939, Lausanne 1994.

Studer, Brigitte: Mühlestein, Hans, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 14.01.2009. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/012166/2009-01-14/>, konsultiert am 07.08.2023.

Tanner, Jakob: Antifaschismus und die Schweiz, in: Peter Huber, in Zusammenarbeit mit Ralph Hug: Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Handbuch, Zürich 2009, S. 7-11.

Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015.

Thürer, Andreas: Der Schweizerische Vaterländische Verband 1919–1930/31, unveröffentl. Dissertation, 3 Bde., Universität Basel, 2010.

Ulmi, Nic/Huber, Peter: Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936–1939), Lausanne 2001.

Weber, Katharina: Die Rehabilitierung der Spanienfreiwilligen in der Schweiz (1946–2009), unveröffentl. Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, 2010.

Wyler, Rebekka: «Ein Chefmonteur streikt doch nicht wie ein gewöhnlicher Prolet». Der Streik der Zürcher Heizungsmonteur im Sommer 1932 als Arbeitskampf einer gespaltenen Gruppe von Arbeitern, unveröffentl. Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, 2005.

Zimmermann, Dorothe: Antikommunisten als Staatsschützer. Der Schweizerische Vaterländische Verband, 1930–1948 (Veröffentlichungen des Archivs für Zeitgeschichte des Instituts für Geschichte der ETH Zürich, Bd. 11), Zürich 2019.

Abkürzungsverzeichnis

AfZ: Archiv für Zeitgeschichte

AL: Alternative Liste

BAR: Schweizerisches Bundesarchiv

GBH: Gewerkschaft Bau und Holz

gta: Geschichte und Theorie der Architektur

IG: Interessengemeinschaft

KK III: Kriminalkommissariat III

KP: Kommunistische Partei

KZ: Konzentrationslager

PdA: Partei der Arbeit

POUM: Partido Obrero de Unificación Marxista

SBHV: Schweizerischer Bau- und Holzarbeiterverband

SGA: Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung

SGB: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

SMUV: Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband

SozArch: Schweizerisches Sozialarchiv

SP: Sozialdemokratische Partei

StadtAZH: Stadtarchiv Zürich

StAZH: Staatsarchiv des Kantons Zürich

SVV: Schweizerischer Vaterländischer Verband

ZBZ: Zentralbibliothek Zürich

Dank

Für den regen Austausch während der Dauer der Recherche danke ich Christian Koller, Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs. Für das entgegengebrachte Vertrauen bin ich Barbara Kieser vom Präsidialdepartement der Stadt Zürich zu grossem Dank verpflichtet. Das starke Engagement und die exzellente Zusammenarbeit mit Anja Huber vom Stadtarchiv Zürich war von entscheidender Bedeutung für die Erstellung dieses Berichts. Für die freundliche Erteilung von Archiveinsichtsgenehmigungen danke ich Sevin Satan (PdA Zürich) und Sylvia Braunschweig (Nachlass Hansjörg Braunschweig). Den Interviews mit Jeannette Linggi, Christine Seidler, Kurt Gasser, Romy Günthart, André Herrmann, Markus Hutter und Miguel Soto Reverté konnte ich zahlreiche wichtige Erkenntnisse abgewinnen. Auch Verena Rothenbühler mit ihrer wertvollen Unterstützung bei der Recherche im Staatsarchiv des Kantons Zürich sowie Thomas Bruggmann und das Team der Handschriftenabteilung der Zentralbibliothek Zürich haben zum Gelingen dieser Studie beigetragen. Für den offenen Umgang und den bereitwilligen Zugang zu den Verbandsarchiven danke ich Raphael Briner (Schweizerischer Maler- und Gipserunternehmer-Verband) und Judith Niggli (Zürcher Malermeister-Verband).

M.P.

Autor

Moisés Prieto ist promovierter Historiker. Er studierte an der Universität Zürich vergleichende romanische Sprachwissenschaft und Allgemeine Geschichte. In seiner Dissertation befasste er sich mit der Schweizer Wahrnehmung des späten Franco-Regimes und der spanischen Demokratisierung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte der Diktatur im 19. und 20. Jahrhundert, die Geschichte der Emotionen und die Migrationsgeschichte. Seine Forschungsaktivitäten brachten ihn u.a. nach Oxford und Berlin. Er ist Autor von *Zwischen Apologie und Ablehnung* (Böhlau, 2015) und *Narratives of Dictatorship in the Age of Revolution* (Routledge, 2023), Herausgeber von *Dictatorship in the Nineteenth Century* (Routledge, 2021) und, zusammen mit Nina Kreibig und Thomas Macho, Mitherausgeber der Reihe *Tod und Agency. Interdisziplinäre Studien zum Lebensende* (transcript, seit 2022). Zurzeit ist er assoziierter Forscher und Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Bern.

orcid.org/0000-0003-4323-3341